



STADT WELS
Rechtsangelegenheiten

Stadtplatz 1, 4600 Wels
Bearbeiter: Inge Maderthaler
Zimmer Nr. 241
Tel.: +43 7242 235 4040
E-Mail: grk@wels.gv.at
UID-Nr.: ATU23478804
wels.at

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 25. September 2023**
in der Welser Stadthalle stattgefunden

19. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.30 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 18. Sitzung des Gemeinderates vom 10.07.2023 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

Christoph Angelo Rigotti

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Silvia Huber, MPA

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stöger Müller, MBA

Mag. Bernhard Humer

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Mag. Walter Teubl

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

NEOS

Gemeinderat

RegRat Walter Zaunmüller

MFG

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 14. September 2023 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an
Bgm. Dr. Rabl betreffend Dienstpostenplan des Magistrates Wels
Verf-015-W-13-2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Rabl!

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels stelle ich folgende Anfrage an Sie:

- 1. Wie viele Positionen laut Dienstpostenplan des Magistrates Wels waren zum Stichtag 31.12.2021 nicht gesetzt?

Antwort: 134 Dienstposten

- In welchen Dienststellen waren jeweils wie viele Dienstposten nicht besetzt? (Bitte um Angabe der jeweiligen Anzahl der Personen und den entsprechenden Vollzeitäquivalenten (VZÄ) sowie die jeweilige Verwendungsgruppe).

Antwort:

Dienststelle (Organisationseinheit)	Summe Offene Dienstposten (Summe Anzahl Personen)
Büro des Bürgermeisters	1
MD-Büro	1
Präsidium	3
Informationstechnologie	3
Verwaltungspolizei	2

Bau-, Gewerbe- und Verkehrsangelegenheiten	2
Gesundheitsdienst	1
Kommunale Dienste	6
Facility Management	10
Stadtgärtnerei	7
Zentraler Einkauf	1
Finanzmanagement	2
Stadtbuchhaltung	2
Steuerverwaltung	2
Kinderbetreuung	21
Kulturservice	1
Veranstaltungsservice	3
Schule, Sport und Zukunft	10
Stadtentwicklung	1
Tiefbau	3
Seniorenbetreuung	28
Sozialservice und Frauen	2
Kinder- und Jugendhilfe	2
Postenreserve	20
Summe	134

2. Wie viele Positionen laut Dienstpostenplan des Magistrates Wels waren zum Stichtag 31.12.2022 nicht besetzt?

Antwort: 162 Dienstposten waren nicht besetzt.

- In welchen Dienststellen waren jeweils wie viele Dienstposten nicht besetzt? (Bitte um Angabe der jeweiligen Anzahl der Personen und den entsprechenden Vollzeitäquivalenten (VZÄ) sowie die jeweilige Verwendungsgruppe).

Antwort:

Dienststelle (Organisationseinheit)	Summe Offene Dienstposten (Summe Anzahl Personen)
Büro des Bürgermeisters	1
Stadtrechnungshof	1
MD-Büro	1
Präsidium	1
Rechtsangelegenheiten	1
Informationstechnologie	4
Bürgeranliegen	1
Bau-, Gewerbe- und Verkehrsangelegenheiten	2
Gesundheitsdienst	2
Kommunale Dienste	8
Facility Management	15
Stadtgärtnerei	6
Zentraler Einkauf	1

Finanzmanagement	1
Stadtbuchhaltung	3
Steuerverwaltung	3
Kinderbetreuung	13
Kulturservice	1
Veranstaltungsservice	2
Schule, Sport und Zukunft	9
Stadtentwicklung	1
Tiefbau	8
Seniorenbetreuung	61
Sozialservice und Frauen	2
Postenreserve	14
Summe	162

3. Welche Führungspositionen sind am Magistrat Wels derzeit nicht besetzt?

- Wie lange sind diese Positionen jeweils nicht besetzt?

Antwort: Auf Ebene der Abteilungen sind folgende Positionen derzeit nicht besetzt:
Leiter der Abteilung Baudirektion (Stadtbaudirektor)

Auf Ebene der Dienststellen werden derzeit folgende Dienststellen durch die DL-Stellvertreter interimistisch geleitet:

- Dst. Tiefbau
- Dst. Veranstaltungsservice und VHS
- Dst. Kinder- und Jugendhilfe
- Dst. Sozialservice und Frauen
- Dst. Finanzmanagement

- Wie lange sind diese Positionen jeweils nicht besetzt?

Antwort:

Abteilung bzw. Dienststelle	unbesetzt seit
Finanzmanagement	22.05.2023
Veranstaltungsservice und VHS	01.09.2021
Baudirektion	01.05.2023
Tiefbau	01.05.2023
Sozialservice und Frauen	01.04.2023
Kinder- und Jugendhilfe	01.09.2023

4. Wie viele Pensionierungen gab es im Jahr 2021 insgesamt am Magistrat Wels?

Antwort: Ruhestandsversetzungen bzw. Übertritt in den Ruhestand: 9; Beendigung von Vertragsbedienstetenverhältnissen zur Inanspruchnahme der Alterspension: 58

5. Wie viele Dienstverhältnisse wurden im Jahr 2021 aus sonstigen Gründen (Kündigungen etc.) am Magistrat Wels beendet?

Antwort: Im Jahr 2021 wurden gesamt 375 Dienstverhältnisse aus sonstigen Gründen beendet. Darin sind sämtliche Dienstverhältnisse enthalten, so wie etwa atypisch beschäftigte Mitarbeiter, Ferialarbeiter, etc. Diese Zahl umfasst die Beendigung im Einvernehmen ebenso wie Dienstgeber- und Dienstnehmerkündigungen, Entlassungen, den vorzeitigen unberechtigten Austritt oder auch die Beendigung auf Grund des Todes des Dienstnehmers. Bezogen auf Vertragsbedienstete wurden 123 Dienstverhältnisse aus oa. sonstigen Gründen beendet.

6. Wie viele neue MitarbeiterInnen wurden im Jahr 2021 am Magistrat Wels aufgenommen?

Antwort: Aus den durchgeführten Objektivierungsverfahren wurden gesamt 283 externe Bewerber rekrutiert und Dienstverhältnisse begründet. Darin sind 84 Corona-Aushilfen enthalten.

7. Wie viele Pensionierungen gab es im Jahr 2022 insgesamt am Magistrat Wels?

Antwort: Ruhestandsversetzungen bzw. Übertritt in den Ruhestand: 4; Beendigung von Vertragsbedienstetenverhältnissen zur Inanspruchnahme der Alterspension: 52

8. Wie viele Dienstverhältnisse wurden im Jahr 2022 aus sonstigen Gründen (Kündigungen etc.) am Magistrat Wels beendet?

Antwort: Im Jahr 2022 wurden gesamt 330 Dienstverhältnisse beendet. Bezogen auf Vertragsbedienstete und Beamte wurden 142 Dienstverhältnisse beendet.

9. Wie viele neue MitarbeiterInnen wurden im Jahr 2022 am Magistrat Wels aufgenommen?

Antwort: Aus den durchgeführten Objektivierungsverfahren wurden gesamt 232 Bewerber rekrutiert und Dienstverhältnisse begründet. Darin sind 21 interne Bewerber enthalten.

10. Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Magistratsbediensteten aktuell?

Antwort: Das Durchschnittsalter beträgt gesamt aktuell 44,98 Jahre.

11. Was unternehmen Sie als zuständiger Personalreferent, um den Magistrat Wels für potentielle und bestehende MitarbeiterInnen attraktiver zu machen?

Antwort: Seit 2016 wird intensiv in den Auftritt des Stadt Wels investiert und dabei auch der Auftritt als Dienstgeber nicht außer Acht gelassen. So wurde ein zeitgemäßer

Messeauftritt mit der Anschaffung eines Messestandes gewährleistet und ist die Stadt Wels nicht nur auf der Berufsinformationsmesse vertreten, sondern auch am Karrieretag der JKU sowie dem Berufsinfortag der WKO. Ebenso werden Schulen besucht, um die Stadt Wels als Arbeitgeber zu präsentieren.

Die Stadt Wels hat 2016 eine Lehrlingsoffensive gestartet, um angesichts des Arbeitskräftemangels auch selbst künftige Mitarbeiter auszubilden. So wurde die Anzahl der auszubildenden Lehrlinge von fünf auf laufend rund 20 Auszubildende gesteigert. Für besonders engagierte Lehrlinge wurden attraktive Belohnungen, wie etwa die Bezahlung des Führerscheins, eingeführt.

Die Stadt Wels ist als Dienstgeber nicht nur auf den Einsatzwägen der Abfallwirtschaft im Bild, sondern beispielsweise auch in Werbespots im Kino, bei Inseraten in Zeitungen und Magazinen, auf City lights, in unterschiedlichen Social-Media-Kanälen etc. Zuletzt wurde die Dienststelle Personal mit einer Mitarbeiterin verstärkt, um ua. den bisherigen Auftritt in den Sozialen Medien zu intensivieren und auf einschlägigen Plattformen, wie linkedIn oder karriere.at, auszubauen. Darauf aufbauend wird künftig auch active sourcing betrieben.

Für die Mitarbeiter wurde ein Belohnungssystem eingeführt und werden Mitarbeiter des Jahres in verschiedenen Kategorien für ihre hervorragenden Leistungen gekürt. Gemeinsame Feiern, wie das bereits traditionelle Weihnachtsfest und ein gelungenes Sommerfest, sollen den Teamgeist genauso stärken wie gemeinsam ausgetragene öffentliche sportliche Aktivitäten (business run und beach volley ball – Turnier). Anlässlich dieser sportlichen Aktivitäten wird gleichzeitig die Gelegenheit wahrgenommen als attraktiver, aktiver Dienstgeber in Erscheinung zu treten. Ebenso werden Teambuildingmaßnahmen durchgeführt.

Diese Angebote werden in einer starken Partnerschaft mit der Personalvertretung mit einem umfangreichen Angebot an Betriebsausflügen und sportlichen Aktivitäten des Magistratssportvereins ergänzt.

Im Übrigen weisen wir in unseren laufend aktualisierten Foldern stets auf die Benefits der Stadt Wels hin, wonach wir neben einer sinnstiftenden Aufgabe nicht nur lebensabschnittsbezogene Arbeitszeitmodelle, sondern auch die unterschiedlichsten Formen von Karenzierungen (Elternkarenz, Bildungskarenz oder Bildungsteilzeit, Hospizkarenz, Altersteilzeit) und einen voll bezahlten „Papamonat“ anbieten. Zur weiteren Arbeitszeitflexibilisierung wurde nicht nur die Möglichkeit zu Telearbeit eingeführt, sondern der Gleitzeitrahmen erheblich ausgedehnt. Zusätzliche Urlaubsstunden (ZZ-Stunden) und die dienstfreien Tage am 24. und 31.12. runden die Attraktivität der Stadt Wels als Dienstgeber ab.

Den Mitarbeitern steht jährlich ein umfassendes Programm zur Aus- und Fortbildung zur Verfügung, das nicht nur facheinschlägige Seminare, sondern auch persönlichkeitsweiternde Angebote umfasst.

12. Inwieweit ist der Mindestpflegepersonalschlüssel in den einzelnen Alten- und Pflegeheimen der Stadt Wels aktuell jeweils gedeckt?

Antwort: Fragen zum Personalstand können nur stichtagsbezogen beantwortet werden, weil der Personalstand laufenden Veränderungen unterworfen ist. Per Stand 30.06.2023 ist der Mindestpflegepersonalschlüssel in den Häusern Notizmühle, Leopold Spitzer und Neustadt bei der derzeitigen Auslastung der Häuser erfüllt. Im Haus Vogelweide Laahen liegt der Personalschlüssel aktuell bei 98,05 Prozent. Mit Juli 2023 traten aber 2 FSB-A ihren Dienst im Haus Vogelweide Laahen an, sodass der Mindestpflegepersonalschlüssel dann wieder erfüllt worden ist.

13. Inwieweit ist der Personalbedarf in den einzelnen Kinderbildungsbetrieben in der Stadt Wels aktuell jeweils gedeckt?

Antwort: Fragen zum Personalstand können nur stichtagsbezogen beantwortet werden, weil der Personalstand laufenden Veränderungen unterworfen ist. In den städtischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen fehlen mit Stand 05.07.2023 insgesamt sechs Mitarbeiter. Es fehlt jeweils ein Mitarbeiter im Hort Neustadt, Hort Herrengasse, Hort Wimpassing, Kindergarten Herminenhof, Kindergarten Lichtenegg und Kindergarten Siebenbürgerstraße.

14. Welche städtischen Dienstleistungen werden aktuell extern vergeben?

Antwort: In der Dst. Stadtgärtnerei werden aktuell folgende fachspezifische Leistungen extern von Dritten erbracht:

In der Produktgruppe „Gärtnerei“:

- Baumpflege-Leistungen in Seilklettertechnik
- Forstarbeiten (Fällungen und Baumpflege)
- Baumstockfräsung
- Parkreinigung während der Saison (Frühjahr, Sommer, Herbst)
- Objektüberwachung/Schrankenbetreuung
- Mobiltoiletten für Parkanlagen
- Entsorgung von Grünschnitt

In der Produktgruppe „Grünraumplanung“:

- Planungsleistungen (Generalplanung und Realisierung) von Parkanlagen u.ä.

In der Produktgruppe „Tiergarten“:

- Tierärztliche Betreuung
- Sonderarbeitskräfte, z.B. Lebenshilfe, Stiftungslehrlinge

In der Produktgruppe „Tierheim“:

- Tierärztliche Betreuung

In der Produktgruppe „Friedhof“:

- Objektüberwachung
- Entsorgung Erdaushub und Abfälle

In der Dst. Kommunale Dienste werden aktuell folgende Dienstleistungen extern vergeben:

- Sammlung Altpapier komplett
- Sammlung Leichtverpackung (ca. 30%)
- ASZ-Personal (LAVU)
- ASZ-Container Entsorgung / Austausch ca. 10%

Durch die Dst. Facility Management werden aktuell Reinigungsleistungen (Unterhalts- und Sonderreinigung) an Fremdfirmen vergeben.

GR. Mag. Stöger Müller, MA: Eine Verständnisfrage. Zur Frage 9, es kann sein, dass ich es überhört habe: Wie viele Mitarbeiter wurden im Jahr 2022 am Magistrat Wels aufgenommen?

Bgm. Dr. Rabl: Aus den durchgeführten Objektivierungsverfahren wurden gesamt 232 Bewerber rekrutiert, d.h. es waren nicht nur Bewerber, sondern es waren die, mit denen in der Folge ein Dienstverhältnis begründet wurde.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Zu ihrer Information teile ich mit, dass Herr **GR. Mag. Walter Teubl** schriftlich erklärt hat mit Ablauf des 22. Oktober 2023 auf sein Gemeinderatsmandat zu verzichten.

Ich ersuche sie sich von ihren Plätzen zu erheben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dass wir uns von zwei Persönlichkeiten der Stadt Wels verabschieden. Zum einen haben sie den Medien ohnehin entnommen, dass **Stadtbaudirektor a.D. DI. Karl Pany** verstorben ist. DI. Karl Pany war Mitarbeiter der Stadt Wels seit 1989 und seit dem Jahr 2000 Baudirektor. Er hat diese Stadt in ihrem Aussehen wesentlich mitbeeinflusst, er war ein herausragender Mitarbeiter, eine menschliche Persönlichkeit, wenn es darum gegangen ist Probleme zu lösen und der auch in der Mitarbeiterführung viel vorgebracht hat für diese Stadt.

Persönlich war ich mit Karl Pany als Baureferent äußerst zufrieden. Ich kann nur sagen ich würde mir wünschen, dass alle Führungskräfte - auch zukünftige am Magistrat - dieses Pflichtbewusstsein, diese Verlässlichkeit, diese Genauigkeit an den Tag legen, wie das DI. Karl Pany machte, der mit großem Herzblut für diese Stadt arbeitete. DI. Karl Pany fehlte mir daher schon als er die Pensionierung angetreten hat, er war gesundheitlich schon etwas angeschlagen. Persönlich hätte ich gerne gehabt, dass er noch bei uns bleibt und uns weiter unterstützt, konnte den Schritt aber aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes verstehen und es tut mir leid, dass ich ihnen allen jetzt sagen muss, dass er in Griechenland verstorben ist. Ich möchte im Rahmen einer Schweigeminute seiner gedenken.

Ebenfalls gedenken möchte ich einem verstorbenen Gemeinderat - **Dietmar Marehard** ist ebenfalls von uns gegangen. Er war knapp 10 Jahre Gemeinderat der Stadt Wels, Aufsichtsrat der Welser Heimstätte und der Bestattung, erbrachte eine Unzahl von Ausschusstätigkeiten und war vor allem in der Polizei bzw. Polizeisportszene eine herausragende Persönlichkeit. Er versah seinen Dienst bei der Polizei im Führerscheinwesen und war sowohl wegen seiner Kameradschaft, Freundlichkeit aber natürlich auch wegen seiner Lebenslust überall ein gern gesehener Gast, beliebt in vielen Runden. Er war motorrad- und motorsportbegeistert bis zum Schluss, sammelte viele Erfahrungen in diesem Bereich, war in zahlreichen Vereinen tätig. Dietmar Marehard wurde vorige Woche beerdigt. Auch seiner möchte ich im Rahmen einer Gedenkminute gedenken.

Danke sehr! Ich ersuche sie ihre Plätze wieder einzunehmen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einrichtung der Stadt Wels als Modellregion für
Integrationsmaßnahmen; Resolution an das Bundesministerium
für Frauen, Familie, Integration und Medien
Verf-015-I-19-2023

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Wiesinger: Erlauben sie mir kurz ein bisschen auszuholen. Dieser Dringlichkeitsantrag dürfte sich auf eine Pressekonferenz vor wenigen Tagen (11.9.2023) beziehen. Diese wurde über die Öffentlichkeitsarbeit einberufen. Der Integrationsreferent Vzbgm. Kroiß und Bgm. Dr. Rabl hielten diese Pressekonferenz ab. Es handelt sich um den Segregationsbericht des Österreichischen Integrationsfonds, wo jetzt eine Art Bewerbung abgegeben werden soll, dass sich das Land, der Bund und die Stadt als Modellregion bewerben.

Warum sehe ich hier keine Dringlichkeit? Das lässt sich kurz damit begründen, dass dieser Bericht am 17.4. d.J. in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Fünf Monate später gab es nun diese Pressekonferenz, in der angekündigt wurde „als nächster Schritt soll eine Gemeinderatsresolution an das Land und den Bund vorgelegt werden“. Insofern wundert mich, dass die gegenständliche Resolution sich jetzt nur mehr an das Bundesministerium richtet und nicht auch an das Land. Ebenso bin ich darüber verwundert, wenn in einer hochhoffiziellen Pressekonferenz der Stadt Wels davon gesprochen wird, dass eine Resolution eingebracht wird, gehe ich davon aus, dass es ein Initiativantrag wird und kein Dringlichkeitsantrag einer Partei. Im Statut der Stadt Wels, § 18 Abs.5, ist ganz klar geregelt wann eine Dringlichkeit gegeben ist, und zwar wenn es zum Nachteil einer Sache ist.

Das sehe ich hier überhaupt nicht. Es wäre besser diesen Antrag zurückzuziehen und eine ordentliche Bewerbung an das Bundesministerium für eine Modellregion einzubringen. Es wird keine Partei etwas dagegen haben dies gemeinsam zu machen.

Dem Antrag (Anlage 1) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion, NEOS, MFG)
17 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend 2. Zusatzvereinbarung zum Vertrag über die
Realisierung, den Betrieb, die Betreuung und die Instand-
haltung und Finanzierung des Parkdecks Wels
Verf-015-I-20-2023

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit des Antrages keine Wortmeldung abgegeben wird, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Herbert Leitinger, Wels;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in Gold
BdB-325-01-5-2023

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Herrn Herbert Leitinger, Wels, wird in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2023/016

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und die in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

35 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion
ohne GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

3.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2023/018

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

4.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2023/019

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

5.)

GR – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2023/021

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

Veranlagung von Finanzmitteln (langfristige Festgelder)
FD-Fin-242-03-1-2023

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

1. Der Abschluss der beiliegenden Vereinbarung mit der Raiffeisenlandesbank OÖ AG betreffend Abschluss eines Festgeldes in Höhe von 5 Mio. Euro für ein Jahr (12 Monate) mit einer vorläufigen Indikation von 4,10 % p.a. (tagesaktuelle Aktualisierung mit Geschäftsabschluss erforderlich) wird genehmigt.
2. Der Abschluss der beiliegenden Vereinbarung mit der Raiffeisenlandesbank OÖ AG betreffend Abschluss eines Festgeldes in Höhe von 5 Mio. Euro für drei Jahre (36 Monate) mit einer vorläufigen Indikation von 4,17 % p.a. (tagesaktuelle Aktualisierung mit Geschäftsabschluss erforderlich) wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für die Ansiedelung von Ärzten sowie für ein Primärversorgungszentrum erlassen werden
FD-Fin-1-2023

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügten Richtlinien für die Förderung der Ansiedelung von Ärzten sowie für ein Primärversorgungszentrum beschließen.

GR. Bauer: Wie bereits angesprochen ist der akute Ärztemangel in Österreich, auch vor allem bei uns in der Stadt Wels ein großes Thema. Gefragt sind da besonders Allgemeinmediziner mit Kassenverträgen. Jedoch verzeichnen wir derzeit in Wels vier bis sieben offene Stellen, die einer Pensionierungswelle geschuldet sind. Ohne einer adäquaten Nachbesetzung der freigewordenen Stellen sind mehrere tausende unserer Welser Bürger nicht in einer hausärztlichen Betreuung. Grundsätzlich ist die Österreichische Gesundheitskasse für die Besetzung von Ärzten zuständig. Wir als Stadt Wels setzen allerdings bereits jetzt eigenständige Maßnahmen zur Gewinnung von Allgemeinmedizinern. Aber es ist weiterhin die ÖGK gefordert.

Wichtig ist, dass Leistungen von Kassenärzten höher vergütet werden. Das ist nicht die Arbeit der Stadt Wels, sondern die Aufgabe der ÖGK. Sehr geehrte Damen und Herren, wie im Amtsbericht erläutert bedeutet eine Niederlassung eines Hausarztes einen hohen finanziellen Aufwand. Die vorgeschriebene jahrelange regionale Bindung stellt für junge Ärzte ein wirtschaftliches Risiko dar, welches viele nicht eingehen können.

Bereits praktizierende Ärzte sagen oft, dass eine Übersiedelung der Praxis eine monetäre Hürde darstellt. Durch meine berufliche Tätigkeit im Klinikum Wels-Grieskirchen, wo ich täglich in engem Kontakt mit verschiedenen Ärzten bin, werden mir diese Aussagen bestätigt. Vor allem das Thema Geld und die unzureichenden Kassenverträge seien meist der Grund, warum man tendenziell eher im Klinikum bleibt.

Es ist daher mehr als nur erfreulich, dass wir mit Hilfe dieses Antrages eine Förderrichtlinie beschließen können, um Ärzten bei der Gründung einer Praxis oder bei der Errichtung eines Primärversorgungszentrums finanziell zu helfen.

Wels bietet einen hervorragenden Standort für eine ärztliche Niederlassung. Alleine die Infrastruktur durch das Klinikum Wels oder die bereits niedergelassenen Fachärzte bieten ein breites Spektrum an medizinischer Versorgung. So können sich die Ärzte untereinander besser vernetzen und zum Wohle des Patienten diese bei Bedarf einer weiteren Abklärung innerhalb von Wels zu einem Facharzt weiterleiten.

Geschätzte Kollegen, stimmen sie diesem Antrag zu, gehen wir gemeinsam gegen den Ärztemangel vor und bieten wir den Ärzten eine finanzielle Unterstützung bei der Errichtung eines Primärversorgungsunternehmens oder einer Praxis.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Wie sie alle wissen habe ich in diesen Räumlichkeiten schon mehrfach in meiner Funktion als Gesundheitsreferent auf die aktuelle Situation des Ärztemangels in unserer Stadt hingewiesen. Grundsätzlich sind wir in Wels in einer guten Gesamtsituation, was jetzt das Klinikum und die Hausärzte betrifft. Aber es ist tatsächlich so, dass derzeit aktuell 4 Hausarztstellen unbesetzt sind, ab 2.10.2023 entspannt sich die Situation, weil es gelungen ist eine Nachfolgerin für den bereits in Pension befindlichen Dr. Volker Werner-Tutschku zu finden. D.h. wir haben ab 2.10.2023 drei unbesetzte Hausarztstellen. Wenn man von 4, 3 oder 7 Stellen spricht ist es tatsächlich so, dass es drei Arztstellen seitens der ÖGK, wie Kollege Bauer und der Herr Bürgermeister schon ausgeführt haben, tatsächlich für die Bestellung der Ärzte noch offen sind. Drei sind nicht ausgeschrieben. D.h. wir haben noch einen Puffer von drei Stellen.

Wenn ich mir nun die Geburtsurkunden von einigen Ärzten ansehe, dann wissen wir alle, dass es 2024 bis 2027 weitere Ärzte gibt, die in Pension gehen. Es wird, sollte nicht gegengesteuert werden, sich die Situation im Bereich der praktischen Ärzte verschärfen.

Ich bin sehr froh, dass wir – da meine ich den Herrn Bürgermeister und mich – in unzähligen Gesprächsrunden, die durchaus in manchen Bereichen auch hart waren, dieses Paket für die Praktiker und für das erste Primärversorgungszentrum auf den Weg gebracht haben.

Ich verhehle aber nicht, dass ich mir noch mehr gewünscht hätte. Aber das war in den Verhandlungen mit dem Herrn Bürgermeister leider nicht möglich. Aus seiner Sicht durchaus in einem oder anderem Bereich verständlich. Ich hätte mir z.B. auch gewünscht, dass wir zusätzlich zu dieser Erstfinanzierung durchaus in manchen Situationen die eine oder andere Miete für den einen oder anderen Praktiker bezahlt hätten. Wir wissen es ist tatsächlich so, dass eine Praxis an die 300.000 bis 400.000 Euro kostet. Ich hätte mir gewünscht, dass die Stadt Wels – das geht aus rechtlichen Gründen offenbar nicht – vielleicht ein zinsloses, rückzahlbares Darlehen den Ärzten zur Verfügung gestellt hätte. Ebenso hätte ich mir gewünscht den Studenten, die tatsächlich während des Studiums sagen, wenn wir fertig studiert haben lassen wir uns in Wels nieder, dass wir denen ein Stipendium in die Hand drücken als Anreiz bei uns in Wels zu bleiben. Ich hätte mir auch gewünscht im Bereich der Weiterbildung der Jungärzte Geld in die Hand zu nehmen.

Es ist aber am Ende des Tages dabei geblieben, dass wir Ärzte, die sich bei uns ansiedeln mit € 40.000,-- belohnen und das erste Primärversorgungszentrum mit € 150.000,-- (Raten zu je € 50.000,--) unterstützen.

Es ist mein eindringlicher Wunsch, vielleicht erklärt sich der Herr Bürgermeister irgendwann einmal auch dazu bereit, dass er sagt, o.k. die Wirtschaftsförderungen sind beim Wirtschaftsreferenten angesiedelt, die Umweltförderungen sind beim Umweltreferenten angesiedelt, die Sportförderungen beim Sportreferenten, Kulturförderungen beim Kulturreferenten, die Gesundheitsförderungen sind beim Gesundheitsreferenten angesiedelt. Wieso ist die Förderung für Ärzte nicht beim Gesundheitsreferenten angesiedelt? Dazu gibt es keine Antwort.

Im Großen und Ganzen bedanke ich mich bei dir, lieber Herr Bürgermeister, und ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag. Wir stehen im Wettbewerb nicht nur mit den großen Städten, wie Linz, Wien, Graz usw., sondern auch mit Wallern, Bad Schallerbach, Grieskirchen, mit Gemeinden, wo tatsächlich die Bürgermeister den Ärzten ganze Häuser anbieten, fix und fertig, sie brauchen nur mehr einziehen und ordinieren. Z.B. haben wir einen Arzt an die Gemeinde Bad Schallerbach verloren. Danke für die Zustimmung für dieses Paket.

GR. RegRat Zaunmüller: Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen, weil ich das für notwendig und längst überfällig halte, dass Wels sich zu einem Primärversorgungszentrum bekennt. Ich werde ihnen sagen, was ich von vielen Welsern höre und frage mich, ob die Situation wirklich so zufriedenstellend ist, wie das meine Vorredner sagen. Ich höre immer wieder von Patienten, deren Arzt in Pension geht oder sich andernorts niederlässt, dass es fast unmöglich ist bei einem neuen praktischen Arzt als Patient aufgenommen zu werden. Ich höre immer wieder, dass es enorme

Wartezeiten gibt, wenn man eine Arztpraxis aufsuchen muss, dies umso mehr, wenn man als neuer Patient hinzukommt.

Ich höre aber auch, wenn ich nach Marchtrenk blicke, wo es ja ein Primärversorgungszentrum gibt, dass es viele dieser Probleme gar nicht gibt. Denn dieses Primärversorgungszentrum ist mit mehreren Ärzten, mit hochqualifizierten Fachkräften ausgestattet. Dieses bietet eine multiprofessionelle Versorgungseinrichtung auch interdisziplinär mit den verschiedensten Fachgebieten. Daher ja, besser spät als nie, wenn wir in Wels uns zu diesem Primärversorgungszentrum bekennen. Daher gibt es selbstverständlich unsere Zustimmung.

GR. KR. Schönberger: Jetzt haben wir genau dreieinhalb Jahre gebraucht, bis man den Antrag, den wir im Februar 2020 gestellt haben, auch umsetzt. Damals ist der Antrag für die Erarbeitung von Förderungsrichtlinien für Ärzte, die sich ansiedeln wollen, mit FPÖ- und ÖVP-Stimmen abgelehnt worden. Aber lieber spät als nie. Ich bin froh, dass wir nach dreieinhalb Jahren draufkommen, dass wir mit Ärzten Probleme haben, dass wir Anreize schaffen müssen. Ich hoffe es gelingt uns auch, weil jetzt sind wir eine von den Letzten, die auf die Idee gekommen sind, die dabei sind. Soweit zur vorausschauenden Arbeit der Politik, was die Welser eigentlich von uns erwarten. D.h., wir sollten vielleicht das Problem nicht erkennen, wenn es schon da ist, sondern schon sehen bevor es überhaupt auftritt.

StR. Dr. Oberndorfer: Ganz so ist es nicht. Bisher haben wir die Ärzteförderung über die Wirtschaftsförderung abgewickelt. Als Wirtschaftsreferent bin ich vehement dafür Wirtschaftsbetriebe anzusiedeln. Da muss man schon ein bisschen ausholen und sagen, dass ein Arzt ein Wirtschaftsbetrieb ist. D.h. wir haben bisher sehr wohl Ärzten Unterstützung gewährt im Rahmen der Wirtschaftsförderung, wir sagten das kann nicht das richtige Instrument sein. Insofern bin ich sehr dankbar, dass es jetzt ein Instrument dafür gibt.

Ich kann mich aber dem Gesundheitsreferenten in seiner Argumentation anschließen, dass es durchaus Sinn machen würde es dort anzusiedeln, wo auch die politische Verantwortung entsprechend gegeben ist. Die politische Verantwortung für Gesundheitsfragen liegt im Ressort des Gesundheitsreferenten, so wie sie bei Sportfragen beim Sportreferenten liegt. Insofern denke ich jetzt nur folgerichtig, dass man da auch die Verantwortung für die Gesundheitsfragen beim Gesundheitsreferenten belässt und ihn dann auch mit diesem Förderinstrument ausstattet, damit er lenkend eingreifen kann.

Aber gut, das ist eine Entscheidung, die man überdenken müsste. Wie gesagt: Gut, dass es diese Richtlinie gibt und dass sich eine Verbesserung für die Bevölkerung ergibt.

GR. Mag. Drack: Wir begrüßen ebenfalls diese Richtlinie bzw. die Verbesserung für die Gesundheitsversorgung dieser Stadt. Wir wollen noch auf einen Aspekt hinweisen was Ärzte betrifft, nämlich die psychiatrische Versorgung. Wir haben in Wels 50 Harderlook-Doc.Finder, darunter einen Kassenarzt. Der Rest sind Wahlärzte. Auch bei den Wahlärzten ist es so, dass man keinen Arzt bzw. keinen Termin mehr bekommt. Vor ungefähr zwei Jahren machte eine Wahlärztin auf, diese nimmt aber keine Patienten mehr. Gerade im Bereich der akuten Versorgung der Suizidalität sind Psychiater eine

wichtige Anlaufstelle. Es wären Bestrebungen sehr wichtig, dass die Menschen in Wels in dieser Richtung unterstützt werden können.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Herr Kollege Zaunmüller, ich sagte nicht, dass wir eine zufriedenstellende Situation haben, sondern ich sagte im Vergleich zu anderen Kommunen haben wir durchaus eine günstige Situation. Im Klinikum gibt es u.a. viele Fachärzte.

Natürlich gibt es lange Wartezeiten für Untersuchungen, MR, CT, was auch immer. Natürlich weiß ich von überfüllten Wartezimmern. Lieber Kollege Zaunmüller, glaube es mir, ich weiß auch von vielen Welsern, die bei mir im Büro oder den Herrn Bürgermeister anrufen, in das Telefon hinein weinen, weil sie keinen Arzt haben. Ältere Menschen, vor allem auch junge Eltern, die keinen Arzt für ihre Kinder haben. Ich weiß davon und ich weiß auch, weil wir von vier unbesetzten Kassenstellen sprechen, dass man bei einer Kassenstelle von rund 3.000 Patienten redet. Das sind dann 12.000 Menschen in Wels, die keinen Hausarzt haben. Also es ist keine zufriedenstellende Situation, aber im Vergleich zu anderen Kommunen eine durchaus günstigere Situation.

Kollege Dr. Oberndorfer, danke für deine Wortmeldung. Ich bin auch froh, dass die Arztförderung von der Wirtschaftsförderung entkoppelt ist. Wir zwei haben uns mehrfach darüber unterhalten. Ich kenne das auch von meiner Vorgängerin, Kollegin Huber, die sagte, eigentlich gehört es dort nicht hin. Es gehört in mein Referat, denn hier sitzen die Fachleute, die sich mit den Ärzten beschäftigen. Wie gesagt, ich bin froh, dass dies nun entkoppelt ist. Danke für die Unterstützung, dass auch du glaubst diese Förderung sollte in meinem Referat landen.

Kollege KR. Schönberger, ich war damals noch gar nicht im Gemeinderat, du sagst es richtig, es ist dreieinhalb Jahre her. Wir beide riefen die Initiative „Stop dem Ärztemangel“ ins Leben. Wir sammelten in kürzester Zeit 4.500 Unterschriften in Kooperation mit Ärzten, mit Apotheken. Ich erinnere mich sehr gut, ich war als Zuhörer bei dieser Gemeinderatsitzung, du hattest damals den Antrag vorgetragen. Dieser wurde tatsächlich von der damaligen Koalition abgelehnt. Wir hätten damals schon handeln können, dann stünden wir jetzt ein bisschen besser da.

Bgm. Dr. Rabl: Ein paar Erläuterungen zu dem bisher Gesagten. Lieber Klaus, ich glaube du kannst den Weg nach Bad Schallerbach nicht vergleichen, wenn du weißt, warum der Arzt damals nach Bad Schallerbach ging. Es war die Hausapotheke, die entsprechend Mehreinnahmen bringt. Diese Mehreinnahmen waren der Grund warum der Arzt Bad Schallerbach wählte und nicht Wels. Insofern wäre es schon richtig gewesen, wenn du gesagt hättest was die wahren Gründe waren.

Was die Zuständigkeit betrifft, kann ich dir eine sofortige Antwort geben. Das liegt schlichtweg an der Kompetenzverteilung, die wir im Gemeinderat beschlossen haben. Da steht nun mal drinnen, dass Gesundheitsförderungen nicht bei dir sind, sondern bei mir im Rahmen des Aufwandtatbestandes. Das kann man ja ändern, nach der nächsten Wahl ist alles möglich. Es steht dir völlig frei bei den Verhandlungen zu sagen, du hättest diese Zuständigkeit gerne. Genauso wie der Referent die Wirtschaftsförderungen verhandelt hat. Als Wirtschaftsreferent hat er diese halt bekommen.

Du sagtest nicht du willst die Gesundheitsförderungen haben, obwohl es sie damals wohl gemerkt schon gegeben hat, nämlich im Rahmen der Wirtschaftsförderungen. Das hättest du ja machen können, hast du nicht!

Insofern sind für mich schon die Zuständigkeitsbestimmungen verständlich, die die Referenzzuständigkeiten regeln, und diese sind es, die das ausmachen wo etwas hingehört und wo nicht.

Es ist auch falsch, dass wir bei den Förderrichtlinien die Letzten sind. Im Gegenteil, wir sind die Ersten. Ich kenne keine einzige Stadt oder Gemeinde, wo es schon derartige Förderrichtlinien gibt. Der Bund verhandelt sie gerade. Bei den kleinen Gemeinden ist es meist so, dass Investitionsgüter angeschafft wurden, die dann zur Verfügung gestellt worden sind. Auch darüber haben wir ja Gespräche geführt, ob wir so etwas in der Stadt Wels als zusätzliche Möglichkeit schaffen wollen. Über die Sinnhaftigkeit müssen wir einmal reden. Tatsache ist, Förderrichtlinien wie sie jetzt vorliegen, gibt es gar nicht. Aber es ist manchmal ja so, dass die Letzten die Ersten sein werden und umgekehrt. Das nur zur allgemeinen Aufklärung.

Dass diese Förderrichtlinie Erfolg hat, kann man alleine daraus sehen, dass bereits ein potentieller Antragsteller vor der Tür steht, der am 1.10. d.J. die Praxis eröffnen will. Ich freue mich in diesem Zusammenhang mit Vzbgm. Mag. Schininger die Möglichkeit zu haben die Ärztin bei ihrem Dienstantritt herzlich zu begrüßen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Abtretung des Grundstückes Nr. 1026/130 KG 51215 Lichtenegg
von der Welser Heimstätte an die Stadt Wels zur Errichtung
einer Parkanlage aus dem Raumordnungsvertrag zur FLWP-Änderung Nr. 44
LV-026-02-3-2023

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Beiliegender Grundabtretungsvertrag (Beilage ./1) betreffend Abtretung einer Grundfläche von 2.255 m² ins Eigentum der Stadt Wels, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und der Welser Heimstätte, Laahener Straße 21a, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Ankauf des Grundstückes Nr. 270 EZ. 59 KG 51226 Puchberg
von Herrn Herbert Kraxberger, Wels, Wallerer Straße 184;
Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 12.12.2022
LV-026-02-13-2022

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und
Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels vom 12.12.2022, GZ: LV-026-02-13-
2022, mit welchem der Kaufvertrag abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und Herrn
Herbert Kraxberger, Wels, Wallerer Straße 184, betreffend Kauf des Grundstückes Nr.
270, inneliegend in EZ 59 KG 51226 Puchberg, zu einem Kaufpreis von € 1,713.080,00,
im Falle einer Umwidmung von € 2,713.080,00 beschlossen wurde, wird aufgehoben.

Einstimmig angenommen.

10.)

Abschluss eines Pachtvertrages mit der ASK Blaue Elf
(Blaue Elf-Platz Pernau)
LV-026-04-5-2023

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und
Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Beiliegender Pachtvertrag (Beilage ./A) zwischen der Stadt Wels als Verpächterin
einerseits und dem ASK Blaue Elf Wels, Pernauerstraße 2, als Pächterin andererseits
über die Verpachtung des Grundstückes Nr. 2309/2 EZ 118 KG 51238 Untereisenfeld
um den jährlichen Pachtzins von € 1,-- (inkl. USt.) auf unbestimmte Dauer, wird
beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

	<u>34 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Teubl und GR. Faber, NEOS, MFG)
gegen	<u>2 Stimmenthaltungen</u> (GR. Mag. Teubl, GR. Faber)
	<u>angenommen.</u>

11.)

Sicherheitsprüfung IT-Systeme und
Awareness Kampagne;
Auftragsvergabe an die Firma Konica
Minolta Business Solutions Austria GmbH, 1130 Wien
IT-006-P-10-2023, miterledigt:
ZE-022-1-61-2023

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und
Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Beiliegende Zuschlagserteilung (Beilage ./2) an die Firma Konica Minolta Business
Solutions Austria GmbH, 1130 Wien, Amalienstraße 59-61, betreffend
Sicherheitsüberprüfung und Awarenesskampagne zu einem Gesamtpreis (inkl. USt.)
von € 83.959,20 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

12.)

VÖA – Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe;
gemeinsame Einreichung der Mitglieder im Zuge eines Konsortiums
zur Förderung von emissionsfreien Abfall-Sammelfahrzeugen im Programm „ENIN“
SD-Fu-371-04-2023

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und
Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Der beiliegende Konsortialvertrag (Beilage/1) mit den Konsortialpartnern der VÖA –
Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe – für die Förderung von
E-Abfallsammelfahrzeugen und der entsprechenden Infrastruktur mit einer zu
erwartenden einmaligen Fördersumme von € 419.520,-- wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Einführung des Job-Rades für Mitarbeiter der Stadt Wels;
Abschluss einer Rahmenvereinbarung für den Ankauf von weiteren Fahrrädern;
PersR-009-A-6-2023, miterledigt:
ZE-022-1-118-2023

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und
Innenstadtausschuss am 12.09.2023:

Beiliegende Rahmenvereinbarung mit der bikes&wheels 2 Radhandels GmbH, Wels, Dragonerstraße 67, über den Ankauf von Fahrrädern mit einem geschätzten Auftragswert von € 212.500,-- netto bzw. € 255.000,-- brutto (Beilage B./1) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Verordnung vom 18.12.2017 betreffend Einrichtung einer Hundefreilauffläche im Ausmaß von 3.915 m² auf Grundstück Nr. 243/7, EZ 4121, KG Lichtenegg, aufgehoben wird Pol-304-VP01-27-2023

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 07.09.2023, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Verordnung, mit der die Verordnung vom 18.12.2017 betreffend Einrichtung einer Hundefreilauffläche im Ausmaß von 3.915 m² auf Grundstück Nr. 243/7, EZ 421, KG Lichtenegg, aufgehoben wird, beschließen.

GR. Umlauf: Grundsätzlich sind wir dafür. Anmerken möchte ich, dass diese Hundefreilaufzone in Lichtenegg tatsächlich fehlt seitdem sie abgebaut ist. Nicht nur in Lichtenegg auch in der Innenstadt wäre es sicher schön, wenn man sich über eine Hundefreilaufzone Gedanken machen könnte. Die neue Hundefreilaufzone in der Pernau ist super. Aber für einen Lichtenegger ist die Strecke doch ein bisschen weit. Die Hundefreilaufzone in der Freizeitanlage Wimpassing wird sehr gut angenommen, aber vielleicht finden wir Möglichkeiten für mehr Hundefreilaufzonen in Wels.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Anregung. Wir sind bereits auf der Suche, speziell was den Westen von Wels betrifft nach einer neuen Hundefreilaufzone, wo wir im Bereich der Europastraße versuchen eine neue Hundefreilaufzone zu etablieren.

Was das Thema Hundefreilaufzonen in der Innenstadt betrifft, waren wir bereits auf der Suche, aber wir haben hier ein Problem - es gibt durchaus eine Lärmentwicklung. Das haben Hundefreilaufzonen so an sich, weil Hunde ja bellen. Das sollen sie auch, wenn sie in der Freilaufzone sind. Hier ist die Abwägung, wo Menschen sehr nahe bei Hundefreilaufzonen wohnen, sehr schwierig. Auch in der Innenstadt sind wir auf der Suche, aber hier ist es um einiges schwieriger als im Westen von Wels.

17.)

Wohngemeinschaft Dragonerstraße 44a;
Untervermietung an Caritas Invita
SenB-300-04-3-2023

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 07.09.2023:

Beiliegender Untermietvertrag (Beilage ./1) betreffend die Untervermietung der Wohngemeinschaft Dragonerstraße 44a mit einem vertraglich vereinbarten jährlichen Mietzins in Höhe von netto € 68.390,04 zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer in Höhe von € 7.439,04, somit einer Brutto-Jahressumme von € 75.829,08 an die Caritas Oberösterreich Invita mit Sitz in 4021 Linz, Kapuzinerstraße 24, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Freiwilligenzentrum Wels;
Kündigung der Vereinbarung mit der Stadt Wels
SenB-434-02-25-2023

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 07.09.2023:

Beiliegendes Kündigungsschreiben (Beilage ./2) betreffend Kündigung der Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Verein „Freiwilligenzentrum Wels“ zur Förderung des Betriebes eines Freiwilligenzentrums in Wels (Beilage ./1) wird beschlossen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Nach den Gesprächen mit der Geschäftsführung ist meiner Ansicht nach diese Vorgangsweise nicht notwendig gewesen. Zu den Ausführungen von Frau Vizebürgermeisterin möchte ich noch ein paar Dinge hinzufügen. Es stimmt, es wurden einige Fristen nicht eingehalten. Ich kann dazu gar nicht mehr sagen, als dass der Rechnungshof sich damit beschäftigte, es gibt dazu einen Bericht, er wurde allen Fraktionen zur Einsicht geschickt. Leider sind schwere Krankheiten von Mitarbeitern eingetreten, weshalb die Fristen nicht eingehalten werden konnten.

Ich sagte auch Frau Vizebürgermeisterin, dass es nicht sehr geschickt war es so zu machen, aber es ist passiert und es wurden Konsequenzen überlegt. Vielleicht zur Historie: Das Freiwilligenzentrum ist eine Einrichtung, die sich darum bemüht in der Stadt Wels Freiwilligenarbeit zu organisieren. Wir hatten in den Höchstzeiten an die 300 Personen, die Freiwilligenarbeit in den städtischen Einrichtungen geleistet haben, u.a. wurde auch Freiwilligenarbeit in Pflegeheimen der Stadt Wels geleistet, wo unterschiedliche Dinge gemacht wurden und diese als eine willkommene Erweiterung des Angebotes für Pflegeheime gelten.

Es gab eine Zeit da waren wir vom Freiwilligenzentrum damit konfrontiert, dass die Stadt im Namen des Bürgermeisters sagte Frau Vizebürgermeisterin Raggl-Mühlberger wird die Vorgesetzte. Wir sagten das glauben wir nicht, denn es ist ein Verein, der eigenständig arbeitet. In Wirklichkeit fing hier das Problem an und auch das Misstrauen wurde gegenüber handelnden Personen in den Raum gestellt. Der Höhepunkt dieser Situation war, dass die Stadt Wels oder Frau Vizebürgermeister am 03.09.2018 an alle Freiwilligen, die in der Stadt Wels in einer Einrichtung vom Freiwilligenzentrum gearbeitet haben, einen Brief schrieb mit dem Inhalt, dass die Freiwilligenkoordinatoren der Stadt Wels, das war damals Herr Mag. Helmut Schober und Christian Eichmayr von der Dst. Soziales, beauftragt wurden sie jetzt zu übernehmen und sie neu zu führen. Nur damit man sieht was hier abgelaufen ist. Die Stadt Wels hat zweimal versucht in die Freiwilligenarbeit einzusteigen und Freiwilligenarbeit zu machen mit mäßigem Erfolg – wie wir wissen – aber mit hohem personellem Einsatz und Geldeinsatz. Es gab eigene Personaleinheiten usw.

Warum ich das erzähle, ist nur um ein bisschen sensibel zu machen, um was es denn in diesem Zusammenhang ging. Das Freiwilligenzentrum, die Freiwilligen-Koordinationsstelle ist eine Einrichtung, die Freiwilligenarbeit organisiert. Die Stadt Wels mit ihren Einrichtungen und die verschiedenen Menschen in der Stadt Wels sind Profiteure, sind Menschen, die positiv betreut werden vom Freiwilligenzentrum. Das wollte ich nur sagen, um deutlich zu machen, dass da natürlich eine gewisse Störung in der Kommunikation gewesen ist. Bei diesem Termin vorige Woche haben wir uns meiner Ansicht nach gut ausgetauscht, es wurden die verschiedensten Dinge besprochen. Wir haben im Vorstand nach diesem Gespräch beschlossen, dass wir diesen angebotenen Vertrag – Danke dafür – unterschreiben, um weiter im Sinne der Welser Freiwilligenarbeit Arbeit leisten zu können. In Zukunft müssen wir einfach schauen, dass vertrauensvolle Arbeit auf Augenhöhe geschieht, dann haben wir solche Probleme wie in der Vergangenheit nicht mehr.

GR. Mag. Drack: Danke Frau Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger und auch dem GR. Reindl-Schwaighofer für die Ausführungen zum Freiwilligenzentrum. Von unserer Fraktion auch noch ein paar Einschätzungen von außen. Vorab einmal ein Bekenntnis zur Freiwilligenarbeit. Bei allen Vorgängen, die sicher etwas unglücklich gelaufen sind rund um das Freiwilligenzentrum, sollte die Freiwilligenarbeit und das Ehrenamt im Vordergrund stehen bzw. die bestmögliche Unterstützung in Wels organisiert werden, damit Bürger gut ein Ehrenamt leisten können.

Zum Freiwilligenzentrum selber haben wir mitbekommen, dass dort ausgezeichnete Arbeit stattgefunden hat. Es gibt eine sehr engagierte Geschäftsführerin und GR. Reindl-Schwaighofer erwähnte es bereits, es gab einen langen Krankenstand, deswegen wurden Verpflichtungen nicht eingehalten. Aus unserer Sicht sind wir ganz bei Frau Vizebürgermeisterin und natürlich auch lt. Rechnungshof sind solche Vereinbarungen einzuhalten. In diesem Fall ist es halt so, dass es einen Verein gegeben hätte über der Geschäftsführung. Aus unserer Sicht ist nicht verständlich, warum kein Ersatz gefunden werden konnte. Die Verantwortung sehen wir dann weniger bei der erkrankten Geschäftsführung, sondern bei dem Verein Freiwilligenzentrum an und für sich. Eventuell gibt es da eine Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien, zwischen rot und blau zumindest, es fanden verschiedene Dinge statt. Wir erachten es für wichtig, dass solche Organisationen, die für die Bürger da sind, nicht von parteipolitischen Interessen zerbröselt werden. Insofern hoffen wir auch, dass es jetzt zu einer guten Vereinbarung im Sinne des Ehrenamtes in Wels kommt.

StR. Dr. Oberndorfer: Eine kurze Replik auf das vom Kollegen Mag. Drack Gesagte: Ich sehe das ganz genauso. Man hat aus den Wortmeldungen entnehmen können, es gab eine Vorgeschichte zum Freiwilligenzentrum. Hier gab es sicherlich Verwundungen auf beiden Seiten. Es ist wesentlich, dass man hier entpolitisiert, dass man hier versachlicht. Die Kritik, die es an der Arbeit gegeben hat, weil bestimmte Berichte nicht eingefordert wurden, wurde verstanden, wurde auch in den neuen Vertrag eingearbeitet. Der neue Vertrag wurde bereits nach meinem Wissensstand unterfertigt. D.h. es handelt sich hier zwar um eine Kündigung des bestehenden Vertrages aber gleichzeitig um einen Neuabschluss eines Vertrages, damit die Freiwilligenarbeit weitergehen kann. Das ist die entscheidende Message - sie soll weitergehen. Das war eine gute Arbeit, wir brauchen diese Arbeit in der Stadt Wels.

Ich bitte darum, das ist auch unser Angebot, versachlichen wir das Ganze, entpolitisieren wir das Ganze, daher haben wir uns im Vorfeld auch sehr intensiv eingebracht. Es ist der erste Schritt gelungen, dass wir zumindest die Freiwilligenarbeit weiterhin in dieser Form haben werden – das war auch nicht immer klar – ich bin froh, dass uns zumindest das gelungen ist. Jetzt kommt der nächste Schritt, der Verein hat ja schon signalisiert, dass er sich neu aufstellen will, dass er gewillt ist diesen Vorgaben Rechnung zu tragen, die der Stadtrechnungshof aufzeigte, umgekehrt ersuche ich auch – bin aber gleichzeitig davon überzeugt -, dass von Seiten der Referentin ein entsprechendes Entgegenkommen besteht und dass hier eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sich entwickeln kann bzw. wo sie ohnehin schon besteht, weitergeführt werden kann.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr – eine Berichtigung in diesem Zusammenhang. Wir beschließen heute die Kündigung, nicht den Neuabschluss dieser Vereinbarung. Weil du sagtest wir beschließen die Kündigung und gleichzeitig kommt ein Neuabschluss einer Rahmenvereinbarung. Es geht bei diesem TOP nur um die Kündigung und nicht über den Neuabschluss. Damit das klargestellt ist.

GR. RegRat Zaunmüller: Das Freiwilligenzentrum Wels leistete in der Vergangenheit großartige Arbeit. Ich habe sowohl mit Vertretern des Freiwilligenzentrums gesprochen als auch mit dem sogenannten Klienten – alle waren sehr begeistert. Sehr bedauerlich war offensichtlich die Kritik an der Thematik der Professionalität. An welchen Gründen es auch immer gelegen ist, die der Stadt Wels entgegengebracht wurden. Offensichtlich gab es Verwerfungen, ich weiß nicht, ob es die politische Art war, was letztendlich auch zur Kündigung dieses Vertrages führte. Daher werde ich dieser Kündigung des Vertrages auch zustimmen. Ich ersuche einen vernünftigen Vertrag auszuarbeiten, die entsprechenden Bedingungen exakt festzulegen, auf die Einhaltung der Vertragsbedingungen auch peinlich genau zu achten, denn Freiwilligenarbeit ist in der Stadt Wels und für die gesamte Gemeinschaft einfach unabdingbar.

Vzbgm. Mag. Schininger: Es steht außer Zweifel, das Freiwilligenzentrum Wels leistete über viele Jahre hervorragende Arbeit. Darüber sollten und dürfen wir hier herinnen nicht diskutieren. Leider hat es halt im Bereich der Geschäftsführung die eine oder andere Verfehlung gegeben, Kollegin Raggl-Mühlberger und ich sprachen mehrfach unter vier Augen über dieses Thema. Wir haben uns in dem einen oder anderen Bereich auf das eine oder andere verständigt. Kollege Ganzert und ich haben uns auch mit der Geschäftsführerin des Freiwilligenzentrums, Frau Hochhauser, mehrfach unterhalten. Ich denke all das was in der Geschichte war, soll man mal dort lassen und es ist mit dem

heutigen Tag und hoffentlich mit der Unterschriftsleistung des Freiwilligenzentrums und der Stadt Wels in absehbarer Zeit ein Neustart zu vollführen, der auch dafür sorgen soll, dass die Emotionen aus der Sache wieder heraußen sind. Ich bin guter Dinge, denn ich kenne den Vertragsentwurf und das Freiwilligenzentrum wird auch in der Zukunft hervorragende Arbeit für die Stadt Wels leisten.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Das Freiwilligenzentrum leistet hervorragende Arbeit, das habe ich auch nie in Abrede gestellt. Ich möchte noch dazusagen, es gibt diesen Sozialbericht 2030, wo drinnen steht, dass wir Freiwilligenarbeit ausbauen sollen. Daraufhin gab es einen Projektauftrag, aber das Thema war damals wir haben das Freiwilligenzentrum gebeten mit uns, mit der Stadt gemeinsam zu arbeiten. Das hat das Freiwilligenzentrum entschieden abgelehnt.

Man spricht von Animositäten und ich muss einfach ganz klar sagen, die Stadt Wels ist ihren Verpflichtungen nachgekommen und hat jedes Jahr 30.000 Euro ausbezahlt. Es ist keine kleine Verfehlung, wenn ich zweieinhalb Jahre keine Nachweise bringe. Allerdings bin ich froh, wenn wir das jetzt ausgeräumt haben und wir das Ganze auf neue Beine stellen.

Der Antrag zu Punkt 18. der Tagesordnung wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG, GR. Mag. Teubl)
11 Stimmenthaltungen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Teubl)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 84)
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 41)
BauR-269-05-1-2020, miterledigt:
BauR-269-05-10-2020, miterledigt:
BauR-269-05-11-2022

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 11.09.2023, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (84. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2016 (41. Änderung) beschließen.

GR. Scheinecker, BA: Ich bin erstaunt, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen gibt. Laut der Berichterstattung des Referenten gibt es dazu nichts zu diskutieren. Dieses Areal Lokalbahnhof hat aber doch eine kleine Geschichte. Gehen wir in der Historie zurück, so beschlossen wir vor einigen Jahren das Leitbild Lokalbahnhof und gleich darauf sind erste Presseartikel aufgetaucht. Ich spreche jetzt bewusst anonymisiert, weil jeder weiß, von wem ich spreche. Auch das Wohnhaus eines Spitzenpolitikers dieser Stadt befindet sich dort. Gehe ich in dieser medialen Berichterstattung weiter, so war letzte Woche zu lesen, dass eigentlich kein Umwidmungsanspruch gewesen wäre. Wir sprechen hier konkret von der Gattin des Bürgermeisters, das allerdings so nichts zur Sache tut.

Allerdings war das tatsächlich einige Fragen auf. Im Amtsbericht steht sehr wohl, dass es ein Antrag der Gattin des Bürgermeisters war und bei der Dst. Stadtentwicklung liefen die Telefone heute heiß - wir hatten hier einiges an Diskussionspotenzial. In dieser ganzen Historie ist nicht nur ein Zeitungsartikel aufgeschlagen, in dem nicht diskutiert wurde inwiefern das möglicherweise auf ein Leitbildkonto kariert gehört. Ursprünglich war im Leitbild einmal eine Straße eingezeichnet. Jetzt fällt das ganze Thema unter den Tisch, welches eigentlich durch den Grundstückskauf der Frau Dr. Rabl weggefallen ist.

Wir widmen jetzt um und diese Umwidmung stellt eine reale Wertsteigerung dar, die nicht ganz außen vorgelassen werden sollte. Mit dem nötigen Respekt und ohne irgendwelche Vorwürfe in den Raum zu stellen - das steht mir komplett fern und ich kann es nicht beurteilen - sage ich wir haben in den letzten Wochen auf bundesweiter Ebene immer wieder Skandale, wenn Widmungsverfahren im Rahmen von Spitzenpolitikern gemacht werden. Inwiefern sind sie hier befangen bzw. inwiefern gab es hier ein Insiderwissen?

Ich kann diese Fragen in diesem konkreten Amtsbericht nicht beantworten. Wir alle sind es ein bisschen der Diskussion schuldig zu sehen, ob es rechtliche Bedenken gäbe. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Tagesordnungspunktes in den zuständigen Ausschuss, um diese für mich nicht voll inhaltlich geklärten Fragen abzuklären.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Scheinecker, BA auf Zuweisung dieses Tagesordnungspunktes in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung zu diesem TOP teil.

GR. KR. Schönberger und GR. Mag. Humer sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Bodenentsiegelung
Verf-015-I-16-2023

GR. Mag. Teubl: Das Thema Bodenversiegelung ist in den letzten Wochen und Monaten immer häufiger auch Thema der medialen Berichterstattung. Wir haben tatsächlich inzwischen ein Problem zu diesem Thema. Es gibt immer mehr Flächen, die entweder verbaut sind, für Verkehrsflächen genützt werden oder auf eine andere Art und Weise versiegelt sind. Das heißt, der Boden ist nicht mehr fähig Regenwasser aufzunehmen. Dadurch entsteht natürlich eine Problematik in Hinblick auf möglicherweise entstehende Hochwässer, aber es stellt auch grundsätzlich ein ökologisches Problem dar.

Die Stadt Wels hat mit dem neuen Volksgarten ein großes Projekt in der Schublade. In der Tat wird dieses Projekt als ein großes Entsiegelungsprojekt angepriesen. Das ist sehr schön und gut. Eine Fläche, die sich in der Nähe des Zentrums der Stadt befindet und die tatsächlich eine Größenordnung hat, die etwas bewirkt. Warum dann trotzdem dieser Antrag?

Es gibt vom Land Oberösterreich, federführend Landesrat Stefan Kaineder, nunmehr Förderungen in der Höhe von bis zu 55.000, -- Euro für Entsiegelungsprojekte, die eine Fläche von 100 m² übersteigen. Beispielsweise könnte das ein Parkplatz sein, der von einer asphaltierten Fläche umgestaltet wird in eine Fläche mit Rasengittersteinen oder ähnlichem. Inzwischen gibt es auch aus Kunststoff derartige gitterähnliche Möglichkeiten des Entsiegeln. Wir haben in Wels zahlreiche Flächen an versiegelten Böden, wie das Messegelände - welches jenseits dieses Areals liegt, wo jetzt der neue Volksgarten entstehen soll – eine einzige Asphaltwüste. Es ist keineswegs so, dass das unbedingt für die Benutzung durch zumeist parkende Besucher oder Aussteller von Nöten ist. Hier würde es sich anbieten, dass die Messe Wels auch tätig wird. Es könnte genauso gut von einer privaten Firma, ein Möbelhaus im Westen der Stadt, welches einen sehr großen Parkplatz geschaffen hat, der eine einzige Asphaltwüste darstellt, genutzt werden.

Was wollen wir mit diesem Antrag bezwecken? Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass es diese Möglichkeit der Förderung gibt und dass wir damit den Anstoß geben können für Entsiegelungen von solchen Flächen. Dies geschieht auf zwei Arten. Sofern die Fläche im Eigentum der Stadt steht, ist die Sache ganz einfach, denn hier könnten wir ganz einfach diese Förderung abholen und die Entsiegelung starten. Aber auch bei privaten Flächen könnten wir tätig werden, indem wir Kontakt mit den Eigentümern aufnehmen und sie über die Fördermöglichkeit informieren, sie motivieren, um hier einen Umbau vorzunehmen.

Diese Vorgangsweise wäre sehr sinnvoll und ich ersuche sie deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Mag. Hammerl, MA: Es freut mich sehr, dass du die Stadt Wels auf diese wunderbare Förderung aufmerksam machst und Herr Landesrat Kaineder 55.000 Euro für das Projekt Volksgarten zur Verfügung stellst. Sehr großzügig – Danke dafür! Im Artikel im Standard vor wenigen Tagen mit der Überschrift „sechs Gemeinden, die aufreißen“, wurde die Revitalisierung des Messegeländes sehr, sehr lobend hervorgehoben: „Die Stadt Wels zeigt damit, dass sie das Thema Entsiegelung wirklich am Schirm hat. Für Oberösterreich, das von allen Bundesländern am stärksten versiegelt ist, ist dieses Projekt wirklich ein Statement“. Damit wird Wels sehr lobend erwähnt und wir setzen damit absolut Maßstäbe. Es wird in Österreich kein vergleichbares Projekt geben, welches auf eine derartige Entsiegelung ausgerichtet ist. Im letzten Jahr pflanzten wir innerhalb eines Jahres 2.000 neue Bäume - die Stadt hat jetzt über 10.000 Bäume. Auch das ein großartiges Projekt! Gleichzeitig läuft ein Projekt, welches sich mit der Revitalisierung und Aktivierung von Gewerbebrachen auseinandersetzt. Auch hier ist die Stadt sehr, sehr aktiv.

Um deine Idee, die die Förderwürdigkeit dieses Projektes bei Landesrat Kaineder zur Folge hat, umzusetzen, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Hammerl, MA auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 21) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen 4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Bruckner und GR. Scheinecker, BA sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Änderung der Geschäftsordnung
Verf-015-I-17-2023

GR. Mag. Teubl: Wie allgemein bekannt ist, ist das heute meine letzte Gemeinderatsitzung und ich erlaube mir daher ein paar persönliche Worte. Als ich am 10. November 2009 als Gemeinderat angelobt wurde, war ich voller Illusionen. Ich erwartete, dass die Gemeinderäte aller Fraktionen ungeachtet der ideologischen Differenzen zum Wohle der Stadt zusammenarbeiten. Erlebt habe ich es leider oft anders. Seinerzeit kritisierte ich bereits in meiner Antrittsrede die damals regierende SPÖ-Fraktion wegen ihres undemokratischen Umganges mit der Opposition. Die Opposition war damals neben den GRÜNEN auch die Freiheitliche Partei.

Mein Befund lautete damals: Machtpolitik garniert mit Überheblichkeit und Postenschacher! Wenn ich heute aus diesem Gremium ausscheide muss ich feststellen,

es haben sich zwar inzwischen die Mehrheitsverhältnisse geändert, aber es änderte sich leider nichts daran, dass die stärkste Partei – nunmehr die FPÖ – ihre Macht ziemlich bedenkenlos ausnutzt. Es wurde nicht nur das Rathaus umgefärbt und bei Postenvergaben Parteianhänger bevorzugt, sondern es zeigt sich auch hier im Gemeinderat, dass Initiativen der Opposition eigentlich nicht gerne gesehen werden.

So wurde beispielsweise die Regelung vordringliche Anträge am Beginn der Sitzung zu behandeln bald abgeschafft, obwohl es eine Forderung der FPÖ-Fraktion war, als sie noch in der Opposition waren. Es werden am Beginn der Sitzung nach wie vor für das Publikum unattraktive Anträge (z.B. heute die Tagesordnungspunkte 1-7) behandelt. Interessante Thematiken aus den Ausschüssen als auch von den hier vertretenen Fraktionen stehen erst gegen Ende der Sitzung zur Diskussion, wenn das Interesse des Publikums schon sehr geschwächt ist.

Es werden auch am Anfang Anfragen verlesen in einer Art und Weise (wie heute erlebt), die eine gewisse Missachtung des Einbringers der Anfrage doch zu erkennen gibt. Obendrein werden Initiativanträge der Oppositionsparteien üblicherweise auch bei der Berichterstattung im Amtsblatt nicht erwähnt. Parteipolitische Scheuklappen haben auch viel zu oft verhindert, dass Sachfragen vernünftig angegangen werden. Anträge der GRÜNEN wurden häufig nur deshalb abgelehnt, weil sie von den GRÜNEN kommen und nicht selten wurde bald darauf ein ähnlicher Antrag von der regierenden Fraktion eingebracht.

Am häufigsten aber, und damit komme ich jetzt zum vorliegenden Antrag, wird Initiativanträgen der Opposition durch einen relativ rasch gestellten Zuweisungsantrag ein „Begräbnis erster Klasse“ zu teil. Diese Anträge werden - obwohl es sachlich gar nicht gerechtfertigt erscheint - zur Vorberatung schließlich an einen Ausschuss verwiesen. Sie kommen dort irgendwann einmal auf die Tagesordnung. Dafür ist bis zu einem halben Jahr Zeit – das war es aber dann meist schon. Es kann von Vorberatung in den meisten Fällen keinerlei Rede sein, eine wirklich ernsthafte Diskussion ist eher die Ausnahme. Der Antrag stand im Ausschuss auf der Tagesordnung, gilt als behandelt und ist damit erledigt und findet nie wieder in den Gemeinderat zurück.

Worin besteht dann die Vorberatung im Ausschuss, wenn nach der Vorberatung nichts mehr folgt? Uns erscheint dieser Umgang mit Dringlichkeits- und Initiativanträgen als undemokratisch und reformbedürftig. Wir GRÜNEN schlagen daher vor, die Geschäftsordnung des Gemeinderates dahingehend abzuändern, dass solche Anträge so behandelt werden, wie es auch in den übergeordneten Organen, im Landtag und im Nationalrat der Fall ist. Dort ist es nämlich üblich diese Dinge im Ausschuss tatsächlich gründlich zu diskutieren und sodann eine Empfehlung auszusprechen, wie das beschlussfassende Organ (Landtag oder Nationalrat) damit umgehen soll.

Dann kommt es zu einer zweiten Lesung. In dieser gibt es noch eine weitere Debatte und schließlich eine Abstimmung über diese Materie. Wir denken, dies wäre auch für den Gemeinderat der Stadt Wels eine brauchbare Regelung diese Vorgangsweise zu übernehmen, um damit eine faire Beteiligung aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu ermöglichen. Die unserer Meinung nach zu ändernden Formulierungen liegen ihnen vor. Im Wesentlichen geht es darum, dass Initiativ- und Dringlichkeitsanträge an den Anfang der Tagesordnung gesetzt werden sollen, dann die Anträge der Ausschüsse und erst dann alle übrigen in weiterer Folge, um auch die Tagesordnung für das Publikum attraktiver zu

machen. Schließlich geht es darum, dass bei einer Verweisung eines Antrages an einen Ausschuss nicht allzu viel Zeit vergehen soll. Es soll innerhalb einer kurzen Frist, d.h. in der nächstfolgenden Sitzung dieses Ausschusses bereits die Diskussion darüber auf der Tagesordnung stehen.

Wir möchten mit dieser Änderung dieses Verfahren einführen, dass nach der Diskussion im Ausschuss tatsächlich der Ausschussvorsitzende darüber im Gemeinderat berichtet wie die Diskussion verlaufen ist, welche Empfehlung der Ausschuss ausspricht und es dann zu einer zweiten Behandlung des Antrages im Gemeinderat kommen soll. Wobei dann tatsächlich eine Abstimmung über diesen Antrag erfolgen soll. Das wäre das Prozedere und es wäre mir eine große Freude als kleines Vermächtnis von dieser letzten Sitzung, die ich hier in diesem Kreis verbringen darf, einen Beitrag leisten zu können zur Demokratisierung dieses Gremiums, einen Beitrag zur Verlebendigung der Diskussion im Interesse unserer Stadt. Ich ersuche sie daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Huber, MPA: Lieber Walter, du bist seit 2009 im Gemeinderat - ich seit 1997. Ich durfte dich die ganze Zeit über begleiten und möchte mich für dein Engagement namens der SPÖ-Fraktion sehr herzlich bedanken. Ich finde deinen Antrag heute richtig und wichtig, denn es braucht eine Stärkung der Minderheitsrechte und es braucht mehr demokratiepolitische Ansätze. Laut Recherchen im Umfeld und laut Verfassungsdienst gibt es Probleme mit diesem Antrag hinsichtlich des Statutes.

Ich wollte mich darüber näher erkunden, erhielt aber heute die Auskunft die Stellungnahme des Verfassungsdienstes zu diesem Thema nur mit Zustimmung des Bürgermeisters zu erhalten. Das ging sich heute nicht mehr aus. Mir ist wichtig diesen Antrag nicht gleich wegzustimmen, sondern weiter zu diskutieren und uns anzusehen was im Zuge des Statutes möglich ist und was nicht. Ich möchte einfach diskutieren und stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung in den zuständigen Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Huber, MPA auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 22) in den Finanz-, Präsidual- und Innenstadtausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ- + SPÖ-Fraktion, NEOS, MFG)
8 Nein-Stimmen (ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

22.)

Initiativantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen
betreffend Benennung einer Schule im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wels
nach Elfriede Grünberg
Verf-015-I-18-2023

GR. Mag. Drack: Ich darf jetzt die Berichterstattung übernehmen für einen gemeinsamen Initiativantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat möge beschließen eine Schule im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wels, bevorzugt eine Mittelschule, entsprechend den rechtlichen Möglichkeiten nach Elfriede Grünberg zu benennen.

Begründung: Elfriede Grünberg, geboren 1929 in Wels, wurde mit 13 Jahren wegen ihres jüdischen Glaubens im Konzentrationslager Maly Trostinez ermordet. Sie ist das jüngste Opfer des Holocaust aus Wels.

Bislang gibt es in Wels zwar einige Straßennamen, die nach Opfern des Nationalsozialismus benannt wurden. Eine öffentliche Würdigung der Welser Holocaust-Opfer ist in dieser Form bis jetzt allerdings noch nicht vorhanden. Die Benennung einer Schule, die auch von Schülerinnen und Schülern im gleichen Alter von Elfriede Grünberg besucht wird, wäre ein Zeichen einer lebendigen Befassung mit dem Thema.

Gerade in Zeiten schwerer ökonomischer Verwerfungen und der damit einhergehenden Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung, gerade in Zeiten eines Vertrauensverlustes in die Instanzen der Demokratie ist die Auseinandersetzung mit eben diesem Phänomen sowie mit Ausgrenzung, Antisemitismus und Sündenbockpolitik dringend geboten. Ich ersuche um Diskussion dieses Antrages und um Zustimmung.

GR. RegRat Zaunmüller: Die NEOS schließen sich selbstverständlich diesem Initiativantrag an. Es ist ganz wichtig die Erinnerung an diese fürchterliche Zeit, an diese begangenen fürchterlichen Verbrechen zu erhalten. Seit dem Jahr 2000 wird ein Grünberg-Preis, seinerzeit initiiert durch die Antifa, jährlich verliehen.

Ich möchte meine Wortmeldung noch dazu nutzen, um GR. Mag. Walter Teubl ein herzliches Dankeschön zu sagen für deine jahrzehntelange Tätigkeit für die Bürger der Stadt Wels. Wir hatten auch manch harte Diskussion und Meinungsverschiedenheiten, aber wir sind immer wieder auseinander gegangen, haben uns die Hand gegeben und uns wieder auf der Straße begrüßt. Ich bin überzeugt davon, das wird auch so bleiben. Ich wünsche dir vor allem Gesundheit, alles Gute - genieße den politischen Unruhestand!

GR. Scheinecker, BA: Im Namen meiner Fraktion darf ich sagen ein sehr schönes Zeichen, ein sehr wünschenswertes Zeichen und wir freuen uns natürlich, wenn wir einer Schule einen doch so wichtig und gewichtigen Namen in dieser Stadt geben. Ich stehe hier als Mitglied des Vorstands der Welser Initiative gegen Faschismus. Wir verleihen den Elfriede

Grünberg-Preis jährlich an verdiente Menschen, die sich antifaschistisch oder humanistisch engagieren. Es freut uns natürlich auch in diesem Rahmen, dass wir diese Benennung vorschlagen.

Eine Geschichte wurde in der SPÖ-Fraktion und im Umfeld der Welser Initiative heiß diskutiert bzw. gab es dazu eine dementsprechende Presseaussendung. Wir als SPÖ-Fraktion schließen uns dieser an. Wesentlich für uns ist, dass es separat von der vorherrschenden Situation rund um die Straßenumbenennungen geschieht und wir aufpassen müssen das nicht als Feigenblatt zu verwenden - es gibt immer noch bedenkliche Straßennamen in dieser Stadt. Wir sind aber zu dem Punkt gekommen, dass wir das politisch im Gemeinderat diskutieren werden müssen, nachdem es darüber keinen Konsens zwischen allen Parteien und Fraktionen im Gemeinderat gibt.

Diesbezüglich werden wir im nächsten Gemeinderat einen Initiativantrag einbringen. Wir freuen uns über eventuelle Mit Antragsteller, um diese drei Straßennamen noch auszumerzen. Es ist ein schönes Zeichen eine Schule umzubenennen, aber es geht immer darum zu sagen, was das andere in unserer Stadt ist, was wir in unserer Stadt noch haben. Wir sprachen hier auch über Zusatztafeln. Ich kann mir gut vorstellen eine Elfriede-Grünberg-Straße zu fordern mit dem Zusatz, warum diese Straße umbenannt werden hätte sollen.

StR. Rammerstorfer: Wir haben eine Reihe von Straßennamen, die nach unterschiedlichsten Opfern des Nationalsozialismus benannt wurden, wie z. B. die Charwatstraße, die nach Major Charwat benannt wurde, der sicher eher dem rechtskonservativen Spektrum zugeordnet werden kann. Er fiel 1934 beim Juli-Putsch der Nazis. Wir ehrten bereits die Risa Höllermann, eine kommunistische Widerstandskämpferin. Natürlich auch den Karl Loy von der Sozialdemokratie, der in den letzten Tagen des Nazi-Regimes mit einer Welser Gruppe noch in Mauthausen hingerichtet wurde.

Bei den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus haben wir natürlich auch die Anne-Frank-Straße. Aber mit Bezug zu Wels hatten wir eigentlich noch niemanden. Deswegen war uns eine öffentliche Manifestation des Erinnerns hier sehr wichtig. Wir haben diese Idee der Grünberg Straße bereits Anfang des Jahres erstmals in einer Presseaussendung thematisiert, also doch etwas bevor der Straßennamenbericht im Juli in seiner Endfassung dann veröffentlicht wurde. Ein unmittelbarer Zusammenhang von unserer Seite besteht hier nicht. Es gibt meines Erachtens bei den Straßennamen nach wie vor Diskussionsbedarf. Wir haben auch schon kommuniziert bereits eine Grünbergstraße in Wels zu haben, die nach dem Gmundner Berg benannt wurde. Es gibt hier durchaus Bedenken zwei sehr ähnliche Straßennamen zu haben.

Die Schule ist für uns das wertvollere Zeichen, nicht weil wir GRÜNE mit Straßen generell auf Kriegsfuß stehen, sondern weil die vorgeschlagene Franz-Resl-Straße eine sehr kleine, relativ abgelegene Straße ist. Da ist für mich die würdigere Ehrung die Schule umzubenennen. Nichtsdestotrotz gibt es für mich Straßennamen, die auch umbenannt werden sollten. Dafür bekamen wir im Vorfeld natürlich keine eindeutige Mehrheit bzw. FPÖ und ÖVP sprachen sich ganz klar dagegen aus. Dementsprechend stellten wir auch hier keinen Antrag und hätte allerdings mit einem Antrag von der SPÖ-Fraktion gerechnet, aber das war dann ein bisschen ein Missverständnis.

Zur Franz-Resl-Straße erhielt ich vorige Woche einen ganz interessanten Anruf. Diese Sache kann durchaus auch anders gesehen werden. Ich kann die Beweggründe vom Kollegen StR. Dr. Oberndorfer durchaus nachvollziehen. In meinem Büro rief ein Herr aus der Franz-Resl-Straße an. Dieser wohnt seit 1964 dort und ist über 80 Jahre alt. Er findet eine Zusatztafel ideal, möchte aber keine Umbenennung dieser Straße, denn diese Menschen und ihre Verbrechen sollen auch nicht in Vergessenheit geraten. Ein Zugang, dem durchaus etwas abgewonnen werden kann und den ich nicht für völlig jenseitig halte. Ich freue mich, dass wir hier offenbar mit breiter Zustimmung die Grünberg-Schule beschließen.

StR. Dr. Oberndorfer: Danke Kollege Rammerstorfer, dass du Verständnis für unsere Position betreffend den Straßennamen zeigst. Ich werde diese Position dann offenbar im nächsten Gemeinderat noch näher erörtern können. Die Umbenennung einer Schule in Grünbergschule hält unsere Fraktion für ein wichtiges Zeichen, weil wir es hier mit einem Opfer des Nationalsozialismus zu tun haben, das völlig ohne eigenes Handeln, ohne eigene Schuld ermordet wurde und daran soll man denken. Daran sollte man denken, wenn man über politisches Handeln nachdenkt, wohin das hinführen kann, wo sich unser Land einmal befunden hat und in welchem furchtbarem Zustand und welchem furchtbarem System die Menschen damals leben mussten.

In diesem Sinne erhält diese Benennung definitiv unsere Zustimmung. Betreffend Straßennamen werden wir das beim nächsten Mal erörtern, aber hier gibt es gute Gründe einer Umbenennung kritisch gegenüber zu stehen, um eben auch die Geschichte nicht vergessen zu machen.

StR. Ganzert: Das Thema Fahrradstraßen kommt in den nächsten Ausschuss und es wird hoffentlich dem Kollegen GR. Mag. Teubl noch gelingen diesem Ausschuss am 5. Oktober beizuwohnen.

Zurück zum eigentlichen Thema. Wir hörten jetzt schon einiges über diese Elfriede Grünberg. Ich hatte selbst die Möglichkeit mir in Maly Trostinez das Konzentrationslager anzusehen und auch die Bemühungen der Republik Österreich, in diesem Fall vom Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen, der Nachdruck verleihen wollte über diese grausamen Verbrechen der Geschichte.

Ich möchte aber noch auf die Diskussion der Straßennamen einsteigen und glaube, dass sich hier ein ganz guter Kompromiss finden lässt. Das Argument der Bewohner der Franz-Resl-Straße finde ich ganz gut, denn es soll ja ersichtlich sein und daher kann die Straße ohne Probleme umbenannt werden und mit einem Zusatzschild....

Bgm. Dr. Rabl: Ruf zur Sache! Die Grünbergschule hat mit der Straßenbenennung gar nichts zu tun.

StR. Ganzert: Ich erachte das jetzt als Ermahnung, werde meine Ausführungen erledigen und der Gemeinderat wird es dann zur Kenntnis nehmen. Ja, man kann umbenennen und gleichzeitig die Geschichte mit einer Zusatztafel erhalten, dass diese Straße für diesen Zeitraum diesen Namen getragen hat und auch auf die Geschichte eingeht. Ein Blickwinkel, den wir diskutieren. Wir werden die nächsten Wochen nutzen, um aufeinander zuzugehen und zu erleben, wie das dann im nächsten Gemeinderat letztendlich ausgeht.

Bgm. Dr. Rabl: Vielleicht werde ich dann auch wissen, was im nächsten Gemeinderat geschieht in dieser Causa, damit ich das auch beurteilen kann. Ich übergebe den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die Initiatoren für diesen Antrag – konkret die GRÜNEN. Herr Mag. Teubl, daran können sie erkennen, dass nicht jeder Antrag der GRÜNEN per se dem Ausschuss zuzuweisen ist oder als sinnlos erachtet wird.

Es gibt offensichtlich hier im Haus einen breiten Konsens darüber, dass es Anträge gibt, die eine breite Unterstützung bekommen. Vielleicht der letzte Antrag, wo es in dieser Form möglich ist und es soll ihnen den Mut geben doch an das Gute in diesem Haus zu glauben, um nicht aller Illusionen beraubt zu werden. Insgesamt daher eine gute Initiative, ein richtiger Schritt das lebendig zu halten, weil es aus meiner Sicht tatsächlich notwendig ist Geschichte lebendig, greifbar und sichtbar zu machen. Gerade bei Jugendlichen besteht diese Notwendigkeit mehr als bei allen anderen. Insofern eine unterstützenswerte Initiative, der wir zustimmen werden.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Drack: Vielen Dank für die Wortmeldungen und die Debatte. Danke auch an die NEOS für die Unterstützung des Antrages. Heute ist ein guter Tag für die Erinnerungspolitik. Es freut mich sehr, wenn wir gemeinsam Elfriede Grünberg im Gedächtnis der Stadt lebendig halten. Gerade an einem Ort, wo ihre Altersgenossen in einer Neuen Mittelschule zusammenkommen und für ein friedliches Zusammenleben gebildet werden.

Der Initiativantrag (Anlage 23) der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktionen wird

einstimmig angenommen.

GR. Vogl verlässt um 16.53 Uhr die Sitzung des Gemeinderates.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einrichtung der Stadt Wels als Modellregion für
Integrationsmaßnahmen; Resolution an das Bundesministerium
für Frauen, Familie, Integration und Medien
Verf-015-I-19-2023

Vzbgm. Kroiß: Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um eine Resolution an das Bundesministerium für Frauen, Familie und Integration, mit dem ersucht wird Wels als Modellregion für Integrationsmaßnahmen in einer 3er-Kooperation Bund, Land und Stadt zu etablieren.

Hintergrund ist der von der UEF veröffentlichte Segregationsbericht, der einen umfassenden Überblick über Zuwanderungsgruppen und Signalindikatoren in den Bereichen Demographie, Bildung, Familie, Kriminalität gegeben hat. Zum Thema der Dringlichkeit möchte ich feststellen, dass es wichtig ist heute darüber abzustimmen, weil

diese Gespräche geführt wurden und wir keine Zeit verstreichen lassen sollen. Es geht darum den Willen der Stadt Wels, den Willen des Gemeinderates zu zeigen und wir diese Modellregion werden wollen. Deshalb dieser Antrag zur Dringlichkeit!

Diese veröffentlichten Ergebnisse sind für die Integrationspolitik der Stadt Wels von größter Bedeutung. Gerade bei der Arbeitslosigkeit gibt es große Unterschiede zwischen den im Ausland und den in Österreich Geborenen. So beträgt die Arbeitslosenquote der in Österreich Geborenen 9,1 % und jene aus Flucht-Herkunftsländern 26 %. Es gibt große Unterschiede beim maximalen Pflichtschulabschluss bei in Österreich Geborenen, bei Drittstaats- und bei Flucht-Herkunftsländern-Geborenen. Untersucht wurde auch die Entwicklung der Umgangssprachen. Hier wurde festgestellt, dass 57 % der Schüler eine andere Umgangssprache als Deutsch haben. Das macht sich gerade auch in den Schulen bei den außerordentlichen Schülern bemerkbar.

Dazu wurden hervorstechende Ergebnisse präsentiert. Ein Viertel der Zugewanderten hat einen starken Führer an der Spitze des Staates befürwortet. Eine große Mehrheit tritt für ein Verbot ein sich über Religionen lustig zu machen. Fast die Hälfte der jüngeren Zugewanderten mit Migrationshintergrund finden den Lebensstil der österreichischen Frauen als zu freizügig.

Insgesamt zeigte dieser Segregationsbericht die vielfältigen, mit der Integration verbundenen Probleme und zeigt wie wichtig die gemeinsame deutsche Sprache ist. Deutsch ist auch der Schlüssel zum Erfolg. Dieser Bericht zeigt uns wie wichtig es ist Maßnahmen zu setzen, um der Entwicklung von Parallelgesellschaften entgegenwirken zu können. Er zeigt uns auch, dass Fördern alleine zu wenig ist. Wir müssen fordern und dieses Fordern muss auch mit Zwangsmitteln hinterlegt sein, damit die Integrationsunwilligen von der Notwendigkeit einer Integrationsarbeit überzeugt werden.

Gerade bei der deutschen Sprache investiert die Stadt Wels sehr viel in die Deutschförderung, ganz besonders in den Kindergärten, wo wir bereits im dritten Lebensjahr mit der Sprachförderung beginnen und dazu 50 Sprachpädagogen einsetzen. Diese Sprachförderung wurde ja bereits evaluiert und es wurde eine wesentliche Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse festgestellt. Es zeigt deutlich die Notwendigkeit und Effektivität einer Sprachförderung bereits in jungen Jahren.

Wir sind davon überzeugt, dass es wichtig ist, ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für jene Kinder einzuführen, die eine Sprachförderung benötigen, um ausreichend die deutsche Sprache zu erlernen, speziell wenn sie dann in die Volksschule kommen. Wir glauben es sind noch eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen notwendig, wie ein besserer Austausch zwischen den Kindergärten und den Volksschulen speziell, was die Sprachstandsfeststellungen betrifft. Die Deutschförderung in den Volksschulen, in den Horten und bei den schulischen Nachmittagsbetreuungen muss ausgebaut werden.

Wir sind überzeugt, dass Lehrwerkstätten für Jugendliche mit Sprachdefiziten notwendig sind, denn gerade die Wirtschaft benötigt dringend Arbeitskräfte und ein Problem ist auch hier die mangelnde deutsche Sprache. Hier sind wir beim Fordern, denn eine Arbeitspflicht für Asylwerber für gemeinnützige Hilfsarbeiten ist unbedingt notwendig. Viele dieser Maßnahmen sind nur gemeinsam mit dem Bund durchführbar, daher diese Resolution. Wir möchten uns dem Bund als Modellregion präsentieren, um diese Integrationsmaßnahmen

testen zu können. Hier könnten wir verschiedenen Integrationsmaßnahmen bzw. -ansätze testen, evaluieren und in der Folge auf ganz Österreich ausrollen.

Diese Maßnahmen sollen wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden, damit wissenschaftlich betrachtet werden kann, welche dieser Maßnahmen gewirkt haben, welche gar nicht und wo nachgeschärft werden kann. Welche dieser Maßnahmen, die wir heute in ganz Österreich diskutieren, machen wirklich einen Sinn? Dem Bund signalisierten wir bereits unsere Kooperationsbereitschaft und es wurden ihm die Vorteile der Stadt Wels erläutert. Mit dieser Resolution wollen wir auch politisch deutlich zum Ausdruck bringen, dass Wels Vorzeigeregion für das Modell „Integration ist Pflicht“ werden soll und ersuche sie daher um Diskussion und Zustimmung.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Lieber Gerhard, wenn es euch wirklich ernst wäre mit dieser Frage hättet ihr im Vorhinein mit den anderen Fraktionen Kontakt aufgenommen und wir hätten gemeinsam einen Antrag stellen können. Einen Antrag, der nicht das Versagen von 10 Jahren Integrationspolitik Gerhard Kroiß dokumentiert. Ich greife einige Dinge heraus, um deutlich zu machen wie absurd manche Dinge sind, die du jetzt referiert hast.

Ihr feiert euch in der Presseunterlage und jetzt in deinem Bericht, weil wir ein so tolles System der Deutschförderung in den Kindergärten haben. Gleichzeitig fordern wir für diese Kindergartenkinder, wenn sie in die Volksschule kommen, Deutschförderunterricht. Ich weiß, die Kinder besitzen vom Kindergarten nicht die erforderlichen Deutschkenntnisse. Diese gemachte Evaluierung entspricht sozusagen vielleicht dem Ist-Stand von einigen zurückliegenden Jahren, aber sicher nicht mit der jetzt konfrontierten Tatsache.

Die Volksschullehrer sagen, es hat sich hier im Wesentlichen nichts gebessert. Das heißt aber nicht, dass ich nicht dafür bin, dass wir im Bereich der Volksschule Förderprogramme brauchen. Wir brauchen dort mehr Personal, Unterrichtsmöglichkeiten, die mit mehr Ressourcen ausgestattet sind, wie ausreichende Räume und deren Infrastruktur.

Zum Punkt der verpflichtenden Nachmittagsbetreuung mit Deutschförderung in Volksschulen diskutierten wir schon sehr viel im Gemeinderat in den letzten Jahren. Alleine beim Umbau der Umstellung der Mozartschule auf eine Ganztagesbetreuung gab es nur Widerstände, weil es ja nichts kosten durfte. Selbst heute haben wir in der Stadt Wels eine Volksschule ohne Nachmittagsbetreuungsangebot. Von den dortigen Eltern ist oft einer gezwungen mit der Arbeit aufzuhören, weil sie keine Chancen haben die Kinderbetreuung zu organisieren. Das hängt damit zusammen, dass in diesem Bereich immer noch nicht ausreichend Angebote zur Verfügung stehen. Dieses Querschnittsthema müsste in allen Bereichen auch dementsprechend bearbeitet werden.

Beim Punkt der Errichtung von Lehrwerkstätten für Jugendliche mit Sprachdefiziten sind diejenigen, die in der Jugendausbildung arbeiten, seit Jahren damit konfrontiert, dass viele Jugendliche, die später sehr wohl job ready sind, am Anfang Probleme mit Dingen haben, die man normalerweise in der Schule lernt. Das passiert jetzt in den Betrieben. Die Betriebe sind mittlerweile soweit und nehmen auch Jugendliche, die sie vielleicht vor 10 Jahren noch nicht genommen hätten. Diese werden ganz konkret gefördert, damit sie die Berufsschule

schaffen. Diese überbetrieblichen Lehrwerkstätten für Jugendliche mit Defiziten im schulischen Bereich gibt es schon. Das muss man einfach wissen.

Der nächste Punkt ist der verpflichtende Arbeitseinsatz für Asylsuchende. Diese Menschen mit Fluchtgeschichten, die um Asyl ansuchen, möchten eigentlich alle arbeiten. Unsere gesetzlichen Rahmenbedingungen lassen das aber nicht zu. Es gab lange diesen Bartenstein-Erlass, der verhinderte, dass Asylsuchende zu arbeiten beginnen. Es stimmt, laut Ersatzkraftverfahren kann in manchen Bereichen gearbeitet werden. Das heißt, das Arbeitsmarktservice überprüft, ob es für diese Stelle jemanden frei Verfügbaren am Arbeitsmarkt gibt. Wenn es so jemanden nicht gibt, dann kann der Betrieb diese Personen einstellen.

Es ginge in diesem Bereich darum Menschen die Möglichkeit für eine Arbeit zu geben. Ihr habt vielleicht auch davon gehört, dass ukrainische Schutzsuchende zu arbeiten begonnen haben. Daraufhin wurde ihnen die Grundversorgung gestrichen, weil sie etwas zu viel verdienten. Ohne Grundversorgung kann man nicht arbeiten. Hier gehört eine Regelung her, damit die Menschen auch arbeiten gehen können. Wir brauchen diese Leute. Nicht nur bei den Erntehelfern oder in der Landwirtschaft brauchen wir geringer qualifizierte Personen!

Für mich als Sozialdemokraten stellt sich ein ganz wichtiger Aspekt in dieser Frage, weil diese ehrenamtliche Arbeit zumindest in Verdacht stehen muss, dass sie Lohndumping betreiben, dass Arbeit von Menschen verrichtet wird, die keinerlei Entschädigung bekommen. Deshalb lehnen fast alle Experten das ab. Die Menschenrechtskonvention sichert Schutzsuchenden Schutz ohne Bedingungen zu. Eigentlich auch aufgrund der Gesetze ist diese Verpflichtung für gemeinnützige Hilfsarbeit gar nicht möglich. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag nicht.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Schatzmann: Die FPÖ und die Integration – eine unendliche Geschichte des Populismus und der Inkompetenz. Dieser erneute Antrag legt dies einmal mehr überdeutlich dar. Wer diesem vorliegenden Antrag einfach zustimmt, hat offensichtlich keine Vorstellung davon wie eine sinnvolle und effektive Integrationspolitik aussehen sollte und ist den lockenden Versprechen des rechten Populismus erlegen.

Wir GRÜNEN setzen uns seit Jahren dafür ein, dass Eltern ab dem 1. Lebensjahr ihres Kindes einen garantierten Platz in einer qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungseinrichtung erhalten. Dieses sollte ein flexibles, flächendeckendes und ganzjähriges Angebot sein. Kindergärten und ähnliche Institutionen bilden die Grundlage für die Bildung unserer Kinder. Zahlreiche Studien belegen den Nutzen eines frühzeitigen Besuches solcher Einrichtungen. Dieser Rechtsanspruch soll zudem die Vereinbarkeit von Beruf und Familien, für alle, die das wünschen und brauchen, erleichtern und finanzielle Unabhängigkeit für Mütter und Eltern fördern.

Wir setzen uns außerdem für einheitliche Qualitätsstandards in ganz Österreich ein, da jedes Kind das Recht auf eine gleiche Bildungsqualität hat. Um diesen Rechtsanspruch umsetzen zu können, ist ein realistischer Stufenplan notwendig, um ausreichend Plätze und qualifiziertes Personal bereitzustellen. Hier liegt die Verantwortung bei den Bundesländern. Die FPÖ hat als Teil der Landeskoalition bisher alle Anträge und Vorstöße

zu einem Rechtsanspruch im Landtag abgelegt. Das Gerede von Verpflichtung ist der falsche Weg. Es braucht einen Rechtsanspruch!

Ich finde es lustig, dass die FPÖ-Fraktion in ihrem Antrag von einem Ausbau der Sprachförderung spricht, die mehrsprachige Förderung haben sie gekürzt und das Personal wird angehalten nicht in der Muttersprache mit den Kindern und Eltern zu sprechen. Wer sich ein wenig mit der Sprachforschung auskennt, weiß, dass das Erlernen der Muttersprache genauso wichtig ist, wie das Erlernen einer Fremdsprache. Ist die FPÖ an einer Sprachförderung interessiert oder nicht?

Eine Arbeitspflicht wird es mit uns GRÜNEN nicht geben. Eine Sanktionierung bei Nichtnachkommen einer solchen Arbeitspflicht würde eine Streichung der Grundversorgung bedeuten. Was wiederum gegen die EU-Aufnahmerichtlinie und das Verbot der Zwangsarbeit verstoßen würde. Rechtlich ist sie also nicht machbar. Dass sie das in ihrem Antrag fordern, ändert daran nichts. Ihr Antrag ist in keiner Weise bindend und kann vor allem Recht schaffen noch verändern. Wir müssen endlich den Zugang zum ordentlichen Arbeitsmarkt öffnen. Das würde allen helfen.

Insgesamt ist das Beharren auf einer Arbeitspflicht für Asylwerbende nicht nur aus rechtlichen Gründen absurd, sondern auch historisch betrachtet fragwürdig. Es ist erstaunlich, dass die FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion jahrzehntelang verhindern, dass Asylsuchende arbeiten können und nun sollen sie gezwungen werden. Hier bedarf es einer realistischen und menschlichen Herangehensweise an das Thema Integration.

Was die FPÖ hier präsentiert ist wieder nur Rechtspopulismus, der nur darauf abzielt das eigene Wählerklientel zu bespaßen. Sie hat offenkundig kein Interesse daran Probleme bei der Integration zu lösen. Leider spielt die ÖVP mit und gibt den Steigbügelhalter für rechte Propaganda im naiven Glauben sie könnten so Wählerstimmen der FPÖ gewinnen. Leider sind es die Menschen in unserem Land, die unter dieser Machtpolitik leiden. Es braucht Hausverstand und Menschlichkeit, um die Integration zu verbessern. Beides keine Eigenschaften der FPÖ.

StR. Rammerstorfer: Der Antrag beruft sich ja auf einen sogenannten Segregationsbericht. Er heißt in Wirklichkeit mit vollen Namen „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Segregation“. Das heißt, er heißt nicht „Segregationsbericht“, das ist etwas zu kurz gegriffen und es soll ja mehr um gesellschaftlichen Zusammenhalt gehen. Darauf sollten wir mehr hinweisen und den sollten wir mehr anstreben.

Wichtiger als der Titel ist dessen Inhalt. Die FPÖ beruft sich interessanterweise darauf. Die Zahlen und Daten wurden sicher ganz korrekt von Vzbgm. Kroiß zitiert. Das Interessanteste ist dann auf Seite 102 zu lesen mit dem Kapitel „Strategie und Lösungsansätze“. Das sollte uns am meisten interessieren. Hier sind sechs Punkte aufgelistet. Zuerst auch korrekt ein von den befragten ExpertInnen aufgeworfener Diskussionspunkt ist in diesem Zusammenhang, ob das verpflichtende letzte Kindergartenjahr auf zwei verpflichtende Kindergartenjahre ausgeweitet werden soll, um möglichst gutes Erlernen der deutschen Sprache gewährleisten zu können.

Durchaus ein Punkt, dem ich etwas abgewinnen kann. Allerdings möchte ich das dann für alle Kinder haben. Logistisch sehr schwierig, alle dreijährigen Kinder zum Sprachtest antreten zu lassen. Sollte das sonst nach der Staatsbürgerschaft entschieden werden? Die

größte Migrantengruppe in Wels ist meines Wissens die Deutschen, die größtenteils Deutsch sprechen. Ich weiß nicht, wie man das nach anderen Kriterien feststellen kann. Ich stelle mir eine Unterstützung für zwei verpflichtende Kindergartenjahre logistisch schwierig vor, aber darüber kann man durchaus reden.

Um diese Ziele zu erreichen, wäre ein Ausbau der Deutschkurse und Förderprogramme notwendig. Geteilte Meinungen gibt es zu einer etwaigen Verpflichtung zu Deutschkursen. Mehrere der befragten Stakeholder haben die Sorge, dass Zwang in diesem Bereich kontraproduktiv sei und rechnen in einem solchen Fall mit Abwehrreaktionen.

Der zweite Punkt zu diesen Strategie- und Lösungsansätzen lautet: Handlungsbedarf besteht weiters in einer besseren Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund sowohl in Hinblick auf Wohngebiete als auch auf Schulen. Das ist in Wels recht schwierig, wo jeder nach Gutdünken seine Kinder in anderen Sprengeln bzw. in Wels-Land anmelden kann. Vielleicht sollte man hier ein bisschen lenkend eingreifen.

Der dritte Punkt bezieht sich auf eine Forderung auf die Zuziehung von Sozialarbeiterinnen in den Schulen. Eine uralte Forderung der GRÜNEN hier im Hause, allerdings bisher immer ohne Mehrheit. Aber vielleicht folgt man diesen Empfehlungen des Integrationsfonds und denkt hier doch noch um.

Der vierte Punkt lautet: „Am Arbeitsmarkt wäre vor allem der erleichterte Zugang für neu ankommende Menschen wichtig, da die Integration häufig über eine Einbettung in die Arbeitswelt geschieht und den Betroffenen damit vermittelt wird ein Teil der Gesellschaft zu sein. Monate- oder sogar jahrelang „zum Nichtstun gezwungen zu sein“ könnte stattdessen einen negativen Effekt auf die Integration der Betroffenen haben“. Es ist genau das Gegenteil dieses Antrages einen verpflichtenden Arbeitseinsatz von Asylwerbern zu fordern. Wir sind auch hier der Meinung auf Basis von Freiwilligkeit könnte man so etwas machen.

Das könnten wir schon seit sieben Jahren tun. Ich weiß, sieben Jahre sind in der Welser Integrationspolitik ein Wimpernschlag und wir könnten nichtsdestotrotz hier einmal in die Gänge kommen. Es gibt einen 2016 beschlossenen Tätigkeitskatalog des Innenministeriums. Dieser beschreibt das sehr gut und wurde nicht einmal vom zwischenzeitigen Innenminister Kickl geändert. Hier könnten wir sehr viele Menschen brauchen, sei es in Gesundheitseinrichtungen, Landschaftspflege, Kindergärten, Umwelt, Abfall, Tiere, Freizeiteinrichtungen, Kultur etc. Überall wäre der Einsatz von Asylwerbern auf Basis der Freiwilligkeit jetzt schon möglich. Ich sehe hier durchaus den Auftrag an den Welser Personalreferenten und den Integrationsreferenten dies organisatorisch zu ermöglichen. Sehr gerne unterstütze ich das aus meinem Referat, wir brauchen jede helfende Hand in Wels und es wäre eine Win-Win-Situation. Es wäre damit beiden Seiten geholfen, sowohl den Asylwerbern als auch der Stadt Wels, wo wir ohnehin die Problematik mit zu wenigen Arbeitskräften haben.

Vom Ministerium zu fordern, dass sich Kindergärten und Volksschulen besser austauschen sollen, wird eher dort für Schmunzeln sorgen. Andere Punkte, wie die Errichtung von Lehrwerkstätten für Jugendliche mit Sprachdefiziten usw., sind durchaus positiv zu betrachten. Im Großen und Ganzen fehlt einiges und ich möchte sie daher auffordern selbst etwas mehr zu tun. Wir haben die Möglichkeit seit 2016 Asylwerber für kommunale Tätigkeiten freiwillig zu begeistern. Ich bin ganz sicher hier jede Menge zu finden,

eingeschränkt davon ganz wenige Asylwerber in Wels zu haben. Geht man das Ganze konstruktiv an, könnten wir uns diese Briefe sparen - wir werden daher diesen Antrag ablehnen.

GR. Mag. Lackner: Eine gute schulische Vorbildung qualifiziert die Jugendlichen zu einem erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Es gibt leider viel zu viele Lehrstellensuchende, die aufgrund ihrer mangelnden schulischen Vorbildung nicht ausreichend für das Berufsleben qualifiziert sind. Kommen dazu noch die schlechten Sprachkenntnisse, brauchen wir uns nicht über die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu wundern.

Laut Bericht lag die Jugendarbeitslosigkeit bei den in Österreich Geborenen bei 12 % und bei jenen aus Fluchtherkunftsländer Geborenen bei 28,2 %. Die Jugendarbeitslosigkeit in OÖ hat heuer eine 15 % höheren Wert als im Vorjahr. Wer nicht in der Lage ist den Anweisungen in deutscher Sprache zu folgen, dem Unterricht in der Berufsschule nicht folgen kann, ist für das duale Ausbildungssystem nicht reif und sollte vorher eben die Sprache bestmöglich lernen, damit er dann die eigenen Chancen am Arbeitsmarkt bestmöglich steigern kann.

Um den Sprachschwierigkeiten der Schüler entgegenzuwirken ist es erforderlich, diese Sprachdefizite bereits im frühen Kindesalter rasch auszugleichen, um später einen positiven Schulabschluss zu erreichen, damit den Kindern dann nichts mehr im Wege steht. Eine Maßnahme dafür ist bei den Kleinsten die Sprachdefizite im Kindergarten so früh wie möglich schon zu beheben. In unseren städtischen Kindergärten haben 72 % der Kinder einen Sprachförderbedarf. Die Stadt Wels begann 2016 viel Geld in die Hand zu nehmen und diese Kosten für die Frühförderung wurden dann von uns getragen. Insgesamt sind 47 Sprachpädagoginnen in den Welser Kindergärten tätig.

Von den zwölf städtischen Kindergärten sind elf sogenannte Hotspot-Kindergärten und in einigen von diesen haben wir einen Anteil von 98 % der Kinder mit Sprachdefiziten. Auch der Anteil bei den Taferlklasslern ist sehr hoch und auch hier muss entgegengewirkt werden, damit die Kinder die Sprache bestmöglich lernen, sonst haben wir wieder einen hohen Anteil von außerordentlichen Schülern. In Wels beträgt dieser Anteil 4,4 %. Die außerordentlichen Schüler können aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht am Regelunterricht oder nur teilweise teilnehmen oder gar nicht benotet werden. Kommen dazu noch die Quereinsteiger, also jene Zuwanderungskinder, die nach der 1. Klasse Volksschule zu uns kommen, dann ist es für diese schwierig der deutschen Sprache folgen zu können und einen ordentlichen Bildungserfolg zu haben.

Lieber Johnny, genau bei diesen greifen die guten Maßnahmen aus dem Kindergarten nicht, weil sie viel zu spät nach Österreich kommen. Deshalb ist es für uns ganz wichtig Sprachfördermaßnahmen zu machen, weil Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen einfach besser Deutsch lernen. Dazu gehört auch die Sprache in Deutschförderkursen zu vermitteln, damit sie später dem Regelunterricht problemloser folgen können und somit ist in diesen Fällen der Status außerordentlicher Schüler nicht mehr gegeben. In Zeiten wie diesen, wo jedes dritte Kind mit Migrationshintergrund nicht mehr die erforderlichen Bildungsziele in der Unterstufe erreicht und es folglich für diese Kinder schwierig ist einen Arbeitsplatz zu finden, ist es eben notwendig noch ganz rasch Sprachfördermaßnahmen umzusetzen, damit die Jugendarbeitslosigkeit nicht so hoch ist.

Liebe Kollegen, unter anderem aus diesen angeführten Gründen ist es notwendig, dass Wels hier die Modellregion wird und das Ganze wissenschaftlich begleitet, damit es dann Wirksamkeit hat für Integrationsprojekte für andere Kommunen. Ich ersuche um Unterstützung dieses Antrages.

GR. Mag. Drack: Ich möchte das vom StR. Rammerstorfer Gesagte aufgreifen, weil es hier um Lösungsansätze geht und ich es für wichtig halte. Die Dringlichkeit bei diesem Thema besteht mindestens seit 15 Jahren in dieser Stadt und sicher nicht jetzt ad hoc. Das Problem der Segregation lässt sich nur durch Integration lösen und dieser Bericht weist ein massives Problem auf im Bereich Abschottung von Bevölkerungsgruppen. Hier ist Wels natürlich nicht ausgenommen. Es ist eher sogar so, dass Wels prädestiniert ist als Hotspot betrachtet zu werden, weil gerade in unserer Stadt das Bildungsniveau sehr niedrig ist.

In diesem Bericht steht auch, dass Bildung der Schlüssel ist und dass Bildung korreliert mit problematischer Einstellung und mit Segregation. Je niedriger der Bildungsstand desto mehr besteht das Problem der Abschottung und dieses Problem der Abschottung erlebt man in Wels tagtäglich. Dazu braucht man nur mit den Lehrern, den Jugendlichen auf der Straße sprechen. Es ist eine massive Problematik, wo es komplexere Herangehensweisen als die Vermittlung der deutschen Sprache braucht. Das ist zweifelsohne sehr wichtig. Deutsch und Kommunikation ist die Basis um sich zu begegnen, aber es bleibt nicht bei Deutsch stehen, sondern es gehört auch die Begegnung, Begegnungsräume und vieles, was im Bereich der Integration geleistet werden kann, dazu.

Sieht man sich an, was seit 2015, seitdem die FPÖ an der Macht ist, im Bereich der Integration passiert ist, dann ist dieses Ergebnis wahrlich sehr dünn. Alleine im Bereich der Jugend ist die Situation katastrophal. Es gibt 11 Planposten und es sind nur fünf besetzt, Jugendangebote sind vollkommen weggebrochen und auch in den Stadtteilen ist es nicht besser geworden. Es sind die Frequenz im Quartier Gartenstadt nach unten gegangen bzw. die Angebote und Aktivitäten. Dazu gibt es noch sehr viele Beispiele. Das heißt, es ist gut, wenn in die Vermittlung der deutschen Sprache investiert wird, aber Integration ist schon eine größere Thematik und soll nicht populistisch missbraucht werden.

GR. Weidinger: Warum wir diesem Antrag zustimmen wurde schon gesagt. Ich möchte es etwas pragmatisch sehen oder einfach unsere Meinung kundtun. Alles jetzt Gesagte stimmt wahrscheinlich und ist mit Zahlen und Historien hinterlegt. Sauer aufgestoßen hat uns der Umgang mit diesem Antrag, denn man hätte durchaus auf die Fraktionen zugehen und einen gemeinsamen Antrag einbringen können.

Lieber Gerhard, du bist jetzt seit 10 Jahren für das Thema Integration zuständig und ein bisschen Kritik musst du dir oder auch die FPÖ schon gefallen lassen. Mit Ruhm hat man sich beim Thema Integration nicht bekleckert. Es ist ein schweres Thema, man gelangt an nicht überwindbare gesetzliche Hürden, nach dem Motto „wir möchten, aber können es nicht!“ Das hat durchaus mit dem Durcheinander an Kompetenzen zu tun, die teilweise beim Bund und Land herrschen.

Der Inhalt des Antrages sind die Themen, die die Welser berühren. Mir kommt es so vor, wie „der Sheriff kommt nicht mehr zusammen, wir müssen nun den Marschall holen oder gleich die Kavallerie aus Wien“. Man hätte sich etwas Zeit lassen müssen, um zu sagen was wir wirklich wollen. Denn jetzt bitten wir um Hilfe, begleitet uns wissenschaftlich, wir

sind eine Modellregion, sehen wir was dabei herauskommt. Sollte es nicht klappen, so sagt ihr „weil der Bund und das Land nicht wollten, wir wollten eh!“

Ja, wir unterstützen das Ganze, indem wir sagen, sie sollen uns begleiten. Vom Inhalt her sind das Überschriften. Der ÖVP-Fraktion ist es wichtig beim Thema Integration etwas weiterzubringen. Ich gebe dem Gerhard hier gar nicht groß die Schuld, aber mehr Bemühungen hätten schon sein müssen. Es muss einfach etwas beim Thema Integration vorangehen.

Gar nicht verstehe ich die GRÜNEN und die SPÖ-Fraktion, die zwar dem Gerhard bzw. der FPÖ-Fraktion die Schuld geben, aber diesem Antrag nicht zustimmen. Hört ihr euch überhaupt noch reden? Es geht um das Thema Integration und da hätten wir doch durchaus Chancen, wenn wir Modellregion werden, unsere Probleme und die großen Probleme in Großstädten aufzuzeigen. Habt Verständnis, begleitet uns und geht ein Stück des Weges mit uns. Sollte am Ende des Tages durchaus etwas Positives herauskommen, das oder jenes können wir im Bund oder im Land umsetzen, warum nicht? So heißt es halt, das wurde in Wels getestet, funktionierte sehr gut und wird deshalb umgesetzt.

Strikt gegen diese Überschriften zu sein, dem stimmen wir nicht zu. Wir unterstützen hier die FPÖ nicht der FPÖ wegen, sondern wegen dem Thema Integration und wir sehen schon Chancen etwas für die Stadt Wels weiterzubringen. Es ist schon klar, wir haben Probleme in den Schulen, am Arbeitsmarkt, im sozialen Bereich, am Kriminalitätssektor - überall berührt uns das Thema Integration. Wenn wir uns von außen begleiten lassen, so hat das durchaus eine Chance, deshalb stimmen wir zu. Inhaltlich zwar etwas schwammig und es wird wieder Kompetenzprobleme geben. Liebe FPÖ-Fraktion, nehmt die anderen Fraktionen doch auch mit, denn sonst heißt es wieder, sie haben nichts erfahren, es tut sich sowieso nichts. Vielleicht gehen wir ein Stück des Weges gemeinsam und helfen wir dem Bund oder Land, die uns wissenschaftlich begleiten, etwas beim Thema Integration weiterzubringen.

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Es ist wichtig zu beachten, dass die Integrationspolitik in Österreich seit den 1990-er-Jahren ständiger Veränderungen unterlag und politische sowie gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst wurden. Johnny, ich möchte in diesem Zusammenhang aber nicht über mögliche Verfehlungen der damaligen Politik und nicht der FPÖ-Politik in diesem Bereich sprechen, sondern möchte vielmehr erläutern, dass der Bericht eine grundlegende Wahrheit unterstreicht, die wir erkennen und umsetzen müssen.

Integration ist keine Option. Sie ist eine moralische und gesellschaftliche Verpflichtung all jener, die zu uns kommen. Integration ist der Grundstein, auf dem unsere vielfältige und dynamische Gesellschaft aufgebaut ist. Es ist der Prozess, durch den die Individuen aus unterschiedlichen Hintergründen, Kulturen und Herkunftsn zusammenkommen. Die Ergebnisse des Segregationsberichtes dienen sowohl als Weckruf, aber auch als Aufruf zur Tat. Sie zeigen, dass Arbeit vor uns liegt.

Segregation bleibt in einigen Gemeinschaften eine Herausforderung und dies hat nicht nur Auswirkungen auf die direkten Betroffenen, sondern auch auf unsere gesamte Gesellschaft. Segregation beschränkt den Zugang zur Chance, Bildung und Beschäftigung für viele unserer Mitbürger. Sie behindert den Austausch von Idee, Kultur und Erfahrungen, die für die Förderung von Innovation und Fortschritt wesentlich sind. Um dieses Problem anzugehen muss klar sein, dass Integration eine Pflicht ist und sollte für die Zuwanderer

eine Selbstverständlichkeit sein. Als Mitglieder des Gemeinderates tragen wir eine große Verantwortung für das Wohl unserer Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status. Aus diesem Grund müssen wir jetzt handeln und nicht morgen. Wir in der Politik müssen der Motor sein, die Politik muss zusätzliche rechtliche Rahmenbedingungen schaffen und mehr finanzielle Mittel ermöglichen, damit wir in der Stadt auch mehr für die Integration tun können. Deswegen fordern wir all diese hier angeführten Punkte.

Dem Kollegen Schatzmann möchte ich sagen, dass wir in den Kindergärten und in den Schulen Sprachdefizite haben und jedes Kind sollte die Muttersprache lernen. Diese lernt man allerdings von der Mutter. In unseren österreichischen Kindergärten und Schulen wird Deutsch gesprochen. Hier soll jedes Kind auch Deutsch lernen. Deshalb verstehe ich die Forderung von Herrn Schatzmann nicht, in den Kindergärten die Muttersprache zu verlangen.

Sprache ist der wichtigste Zugang von allen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist nicht nur der Schlüssel, sondern auch die Brücke zur sozialen Integration. Aus diesem Grund fordern wir all diese neuen Rahmenbedingungen, die die Politik schaffen soll und mehr finanzielle Mittel, damit wir eben Kinder in diesem Bereich unterstützen können. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen, weitere konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Integration in diesem Bereich zu fördern. In diesem Sinne möchte ich schließen und betonen, dass Integration nicht nur eine Verpflichtung ist, sondern auch eine Chance. Lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Integration nicht nur Pflicht, sondern auch eine Selbstverständlichkeit für alle Zuwanderer in unserer wunderbaren Stadt wird.

GR. Scheinecker, BA: Einiges wurde schon gesagt und ich bemühe mich nicht Argumente zu wiederholen. Lieber Andreas, du verstehst nicht, warum die SPÖ- und die GRÜNEN-Fraktion nicht mitgehen wollen, können oder würden. Wenn wir jetzt eine Modellregion für Integrationsmaßnahmen sein und dementsprechend gemeinsam mit Bund und Land zusammenarbeiten wollen, um hier wissenschaftlich begleitet ein Pilotprojekt zu starten, dann würde ich dem zustimmen. Ich denke, es wäre eine großartige Chance, es geht um die wissenschaftliche Begleitung.

Aber was hier vorliegt ist das FPÖ-Integrationsprogramm mit verpflichtendem zweiten Kindergartenjahr, aber nur für die Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen. Kommen dann Sprachförderinnen in die Haushalte der Eltern und kontrollieren dort, damit wir wissen, ob das Kind jetzt ein oder zwei Jahre in den Kindergarten muss? Einige andere Punkte haben mich aus der Wels-Historie heraus etwas amüsiert: Verpflichtende Nachmittagsbetreuung mit Deutschförderung in Volksschulen bzw. Sprachförderung in Horten in Kombination mit diesem Kindergartenjahr. Ich kann mich an Diskussionen erinnern, wo die Nachmittagsgebühren in Oberösterreich gefallen sind und wir in Wels nicht darauf reagiert haben. Dadurch sind uns sehr viele Kinder am Nachmittag aus der Betreuung gefallen.

64 % der Kinder, die am Nachmittag nicht mehr den Kindergarten besuchten, hatten Sprachdefizite. Das war uns damals eigentlich ziemlich egal. Dafür haben wir diese ominösen zweieinhalb Stunden für Eltern, die vielleicht noch einen Weg hatten. Sie konnten die Kinder noch für diese Zeit in die Nachmittagsbetreuung geben. Hier sind wir ganz stark beim Thema Parallelgesellschaften, die in diesem Bericht sehr oft vorkommen als gefühlte Wahrnehmung. Natürlich gibt es diese Parallelgesellschaften infolgedessen, wenn wir diese Integrationsmaßnahmen nicht nur als Sprachdefizit wahrnehmen. Ganz oft

haben wir das Problem, dass diese mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen am Arbeitsmarkt ganz unten einsteigen und dadurch sozial nicht integriert sind.

Durch die schon erwähnten „Sprenghelwanderkinder“ gibt es in Wels in manchen Volksschulen weniger Migrantenkinder. In den meisten Volksschulen gibt es sehr viele, weil wir viele Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern in der Stadt haben. In der Volksschule geht es noch, aber dann bei der Entscheidung, ob das Kind ins Gymnasium oder in die Mittelschule kommen soll, werden die Probleme eklatant. Hier sind die Parallelgesellschaften schon deshalb, weil alle Eltern mit einem Bildungszugang Wert auf Bildungssysteme legen.

Migranten mit schlechteren Deutschkenntnissen sitzen alleine, weil jeder versucht die österreichischen Kinder noch etwas wegzuziehen. So entstehen Parallelgesellschaften. Es ist teilweise eine sehr bewusste Trennung, denn wir wollen nicht zu viel anecken und unser eigenes Kind könnte darunter leiden, wenn es zu viel Kontakt zu migrantischen Kindern hat. Das ist Realität und ist in diesem Antrag nicht enthalten.

Der letzte Punkt ist der wesentlichste Punkt. Warum wir diesem Antrag nicht zustimmen werden, ist dieser verpflichtende Arbeitseinsatz von Asylwerbern. Wie soll das genau funktionieren? Wir haben hier die unterschiedlichen Diskussionen und auch im Land OÖ wurde das schon ganz breit diskutiert. Das ist mir bewusst und ich halte es trotzdem nicht für vereinbar mit einer Menschenrechtskonvention im weitesten Sinne. Nicht vereinbar halte ich auch diese elendigliche Diskursverschiebung, die wir damit haben. Wir haben primär das Recht auf Schutz diskutiert und nicht die Verpflichtung zur Leistung. Wir sprechen von Asylwerbern, dass diese eingebunden und gefragt werden, ob sie eine Beschäftigung brauchen. Diesen ist fad und sie würden gerne arbeiten. Sie haben einen beschissenen bis keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Aber wir diskutieren, dass sie arbeiten müssen für einige wenige Euro Daseinsvorsorge und sie eh nicht den Luxus haben als Asylwerber in unserem Land. Die Grundversorgung ist eh schon sehr niedrig angesetzt. Es gibt genug Gründe, außer nur zu sagen das nicht zu wollen, weil es von der FPÖ-Fraktion kommt. Nein, ich will das nicht, weil ich es für fachlich nicht gut halte und ich will nicht zustimmen, weil viele dieser Maßnahmen eher konterkariierend, nicht durchdacht sind und aus einem Parteiprogramm stammen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

GR. Wohlschlager: Ich habe aktuell so das Gefühl, wir drehen uns ein bisschen im Kreis. Ich möchte einiges richtigstellen, was jetzt vielleicht etwas verschwommen herübergekommen ist bzw. nicht ganz der Wahrheit entspricht.

Kollege StR. Rammerstorfer, ich glaube nicht, dass wir den Kindergärten und Schulen ausrichten müssen, damit sich diese beiden Institutionen miteinander unterhalten. Hier ist der rechtliche Rahmen gemeint, dass der Kindergarten fähig dazu ist Informationen an die Schulen weiterzugeben. Es geht dabei nicht darum, dass diese keine Kontakt miteinander haben oder nicht miteinander reden wollen, sondern es geht dabei schlichtweg um den Datenschutz. Die Kindergärten dürfen aktuell gar nichts an die Schule weitergeben. So viel zum Thema, dass diese beiden nicht miteinander reden wollen.

Frau Kollegin Scheinecker, natürlich gibt es Parallelgesellschaften und für mich ist das überhaupt nicht natürlich. Ich hatte zwei Kinder in der Volksschule Lichtenegg und habe es in acht Jahren nicht geschafft, dass Migrantenkinder zu Geburtstagsfeiern zu uns kommen. Migrierte Migrantenkinder sehr wohl, aber bei Migrantenkindern aus Problemfamilien gab es keine Möglichkeit, dass diese das gedurft hätten. Aber vielleicht machst du andere Erfahrungen.

Zu deiner Aussage, Kollege Reindl-Schwaighofer, betreffend 10 Jahre Versagen Integrationspolitik Gerhard Kroiß ergeben sich rechnerisch 8 Jahre. Ich möchte dazu nicht die Frage stellen, was sich vorher seitens der SPÖ bei diesem Thema getan hat.

Grundsätzlich soll uns die Modellregion finanzielle und rechtliche Möglichkeiten geben, um Projekte umsetzen zu können. Natürlich können wir als Stadt gewisse Projekte selber finanzieren, aber es ist natürlich einfacher, wenn das der Bund oder das Land machen. Wir können uns Unterstützung holen und wären ungeschickt es nicht zu machen.

Ich habe mir diese Beispiele aus dem Bildungs- und Sprachbereich herausgesucht, weil das einfach der Bereich ist, indem ich mich bewege und jeder, der sich dort auch regelmäßig bewegt weiß, es ist höchste Zeit zu reagieren. Damit meine ich jetzt nicht integrationswillige Familien, sondern es gibt auch in den Schulen ohne Nachmittagsbetreuung ein Angebot für die Kinder. Erfahrungsgemäß ist es dort so, dass die Kinder, die die Unterstützung am meisten bräuchten, von den Eltern nicht angemeldet werden. Kann ich diese Eltern durch eine rechtliche Handhabe unter Druck setzen, d.h. auf freundliche Art und Weise dazu zwingen, profitieren sowohl die Kinder als auch die gesamte Klassengemeinschaft davon.

Wir müssen einfach die Kirche im Dorf lassen und es als Chance sehen die finanziellen und rechtliche Rahmenbedingungen zu ändern und zugunsten der Stadt Wels zu verwenden.

GR. Bruckner: Ich als Welser Kriminalbeamter möchte gerne auf die Kriminalität bzw. die Jugendkriminalität eingehen. Laut Ist-Zustand des Berichtes schaut es so aus: 38,5 Prozent aller Tatverdächtigen in Wels haben einen Migrationshintergrund. Strafbare Handlungen gegen fremdes Vermögen stellten in Wels mit 44,9 Prozent die größte Deliktgruppe unter ausländischen Tatverdächtigen dar. Der Prozentsatz bei Straftaten gegen Leib und Leben lag bei 22,2 Prozent. Dabei waren knapp zwei Drittel der Tatverdächtigen Drittstaatsangehörige.

Ich möchte auf die Sprachförderung in Hinblick auf die Jugendkriminalität eingehen. Wenn junge Menschen Schwierigkeiten haben sich sprachlich auszudrücken oder etwas zu verstehen, kann dies zu einer sozialen Isolation und/oder auch zu Gruppenbildungen führen. Isolation und Gruppenbildung können wiederum das Risiko von delinquenten Verhalten erhöhen, da Jugendliche auf der Suche nach Identität und Zugehörigkeit sein könnten. Migranten, die in benachteiligten Verhältnissen leben, haben möglicherweise ein höheres Risiko für Jugendkriminalität. Das könnte ebenfalls mit Sprachproblemen zusammenhängen, wie auch mit anderen Faktoren, wie Bildungschancen oder Arbeitslosigkeit. Die Qualität der Unterstützung und Betreuung, die junge Migranten erhalten, kann einen großen Einfluss auf ihre Entscheidungen und ihr Verhalten haben. Wenn es effektive Programme zur Sprachförderung und Integration gibt, kann dies das

Risiko von Jugendkriminalität verringern. Wir ersuchen um Unterstützung dieser Resolution.

StR. Dr. Oberndorfer: Zuerst sprach StR. Ganzert über die Straßenumbenennungen und der Vorsitzende erteilte dann den Ruf zu Sache und erklärte, StR. Ganzert soll sich auf das Beschlussgegenständliche konzentrieren. Daher konzentriere ich mich jetzt auch auf die Dringlichkeit, die so oder so gesehen werden kann und dass wir uns hier als Modellregion bewerben sollen. Mehr steht hier nicht!

Wir könnten wahrscheinlich über Integration monatelang diskutieren und werden wahrscheinlich immer noch nicht auf einen grünen Zweig kommen, weil es ein hochideologisches und brennendes Thema ist. Ich will diese Diskussion nicht abdrehen, aber es wäre sinnvoll sich hier zu bewerben. Das habe ich auch aus den Wortmeldungen der anderen Fraktionen herausgelesen, die sich zwar kritisch zur Begründung geäußert haben, aber nicht zur Sache an sich. Dass man sich hier als Modellregion bewirbt wäre zielführend, weil damit eine wissenschaftliche Aufarbeitung geschehen würde und letztlich Mittel nach Wels kommen würden, die uns in der Sache selbst unterstützen würden.

Zu den hier in der Begründung aufgelisteten Punkten kann man so oder so stehen, aber das sind alles Wünsche an das Christkind oder anders gesagt Wünsche an die Landesregierung, Wünsche an die Bundesregierung. Es steht hier nichts, was wir als Stadt Wels machen könnten. Ich finde es bezeichnend, denn wenn über Integrationspolitik der letzten acht Jahre gesprochen wird geht es nicht darum, was wir als Stadt machen können. Die sollen das machen und die sollen das machen, aber wir als Stadt können gar nichts machen. Das ist die Kernaussage, wenn wir die Begründung richtig interpretieren.

Wir können nichts machen, sollen die anderen das machen. Das ist die Kernaussage und dieses „Hände in den Schoss legen“ und sagen, es geht halt nix, halte ich für zu kurz gegriffen. Wir können als Stadt sehr wohl etwas machen, wir können sogar sehr viel machen. Integration findet ja nicht irgendwo statt, sondern hier vor Ort, hier in den Stadtteilen und hier kann angesetzt werden. Die Stadt Wels schloss die Jugendzentren, fuhr die Quartiersarbeit zurück, anstatt hier, wo konkret etwas gemacht werden könnte, zu investieren.

Wir haben hier einen Rückbau vorhandener Institutionen erlebt und erleben, wenn über Integration diskutiert wird, dass die FPÖ und der zuständige Referent keine einzige Idee haben, was wir als Stadt machen könnten. Das geht aus diesem Antrag deutlich hervor. Als Modellregion können wir uns trotzdem gerne bewerben.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Ich möchte gerne auf die Meldung meiner Kollegin „ich habe es acht Jahre nicht geschafft, dass ein Kind mit Migrationshintergrund zum Geburtstag meines Kindes kommt“ eingehen. Wir machten in den Volkshilfen relativ umfassende Studien betreffend Kinderarmut. Diese Verweigerung zur Annahme einer solchen Einladung hängt damit zusammen, dass die Familien nicht in der Lage sind, eine Gegeneinladung zu machen. Das gehört kulturell bei ihnen in der Regel dazu. Dadurch nehmen Kinder grundsätzlich so eine Einladung nicht an. Ich machte selbst ähnliche Erfahrungen.

Eine Erfahrung, die in diesem Bereich durch die Wissenschaft untersucht wurde und kann nur das wiedergeben, was ich aus diesen Berichten kenne. Es klingt auch sehr schlüssig,

weil es in der Regel Familien mit weniger Einkommen sind, mit kleineren Wohnungen und mit mehr Kindern in den kleineren Wohnungen. Diesen ist sehr wohl bewusst, dass es ein Mangel ist und sie bei sich zu Hause nicht in der Lage sind Einladungen auszusprechen.

Nach der Wortmeldung vom StR. Dr. Oberndorfer stelle ich einen Abänderungsantrag wie folgt:

Beim Antrag der FPÖ-Fraktion soll die gesamte Begründung herausgestrichen werden und nach Annahme dieser Streichung wäre die SPÖ-Fraktion auch bereit diesen Antrag mitzutragen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Teubl: Es wurde schon sehr viel gesagt, aber jetzt muss ich mich doch noch einmal zu Wort melden. Ich war sehr verwundert, warum dieser Antrag so dringlich ist, denn vor zwei Wochen bei Antragsfrist war er noch nicht dringlich. Lachen musste ich bei dem Satz „Wels hat historisch viel Erfahrung im Bereich der Integration“. Das stimmt einfach nicht, denn Wels hat viel Erfahrung damit nichts für Integration zu tun und dafür Integration von den Zuwanderern einzufordern.

Meines Erachtens ist das das grundlegende Missverständnis oder der grundlegende Unterschied zwischen den Positionen der FPÖ und unserer Fraktion. Wir finden, die Integration kann keine Einbahnstraße sein, es müssen hier Angebote geschaffen werden und nicht wie mehrfach gesagt soll Integration als Pflicht gesehen werden. Was hier alles an Initiativen und Projekten angeführt wird, so ist es doch auch wieder genauso. Es ist kein Angebot, welches geschaffen wird und sowieso gerne angenommen werden würde, wenn es vorhanden wäre, sondern es wird hier sofort eine Verpflichtung formuliert.

Bei einem verpflichtendem Kindergartenjahr für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen bin ich sogar für ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für alle Kinder. Nur wir haben nicht genug Kindergartenpädagoginnen, um das zu realisieren. Dasselbe gilt für die verpflichtende Nachmittagsbetreuung mit Deutschförderung. Ich finde ein solches Angebot sehr gut, aber warum muss das verpflichtend sein? Noch dazu wurde nicht gesagt, wer die Kosten dafür übernimmt. Immerhin ist das nicht gratis.

Der Gipfel ist diese FPÖ-Zwangsarbeitsforderung, die hier nichts verloren hat auf diesem Papier, sondern die einer fürchterlichen frühzeitigen Wahlpropaganda der Bundes-FPÖ entnommen ist. Insofern wäre es ein positives Anliegen und ohne die Begründung könnte dem vielleicht sogar zugestimmt werden. Diskreditiert durch das Nachfolgende! Mir ist auch offen gestanden nicht ganz klar worin dann dieses „Modellregionsein“ besteht. War das ein Angebot des Bundes, wo genau formuliert wurde was hier in Anspruch genommen werden kann, oder ist das ein geäußerter Wunsch, der an das Familienministerium weitergeleitet wird.

Eine wissenschaftliche Begleitung von Integrationsmaßnahmen ist natürlich sehr wünschenswert. Nichts besser als das! Aber noch wünschenswerter wäre, wenn wir Integrationsmaßnahmen nach Beratung mit Wissenschaftlern setzen würden, die sich mit

diesem Thema auseinandergesetzt haben und nicht von vornherein sagen, wir wollen das und das machen und das soll dann wissenschaftlich begleitet werden. Ich denke, die hier angeführten Maßnahmen sind zum Teil ungeeignet, unausgegoren und auf jeden Fall zu wenig, wenn wir in Wels erfolgreiche Integrationspolitik setzen wollen. Deshalb wäre es ganz gut, sich das Ganze noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen, den Antrag zu überarbeiten, anstelle hier sehr rasch etwas zu ändern. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag an den Integrationsausschuss zu verweisen, um ihn dort noch einmal zu überarbeiten.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) in den Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 17 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
18 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion, MFG)
abgelehnt.

GR. Mag. Hammerl, MA: Die Behauptung, unserer Vzbgm. Kroiß würde im Bereich der Integration zu wenig machen, ist einfach nur an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Ich würde schon überlegen, was hier alles gemacht wurde und erinnere dabei an die 40 Sprachpädagogen, die sich die Stadt Wels leistet. Diese Mitarbeiterinnen machen diese Sprachförderung in den Kindergärten auf Kosten der Stadt Wels ohne jegliche Kostenbeteiligung.

Wir haben außerdem eine massive Verstärkung der Programme mit Deutschkursen, Erweiterung der Lernunterriehte, Erhöhung des Schulstartgeldes bei entsprechender Integrationswilligkeit, Kooperation mit der Polizei (insbesondere betreffend die Sicherheitssprechstunden), massive Integrationsmaßnahmen in den Welser Sportvereinen. Dabei geht es sehr stark um die Förderung des Teamsportes und hier werden auch Integrationsmaßnahmen massiv forciert.

Geschätzter Herr GR. Mag. Teubl, beim Thema „Zwangsarbeit für Migration“ finde ich es schon letztklassig von Zwangsarbeit zu sprechen, denn es hat mit Zwangsarbeit überhaupt nichts zu tun. Wir sollten schon dieses Leistungsprinzip verfolgen, denn so baut sich diese Gesellschaft einfach auf. Wir haben eine Leistung zu erbringen und bekommen von der Allgemeinheit auch eine Gegenleistung dazu. Nur zu sagen, ja ich bin jetzt da und brauche Schutz, aber beteiligen möchte ich mich an gar nichts, möchte mich nicht integrieren, baue meinen Staat selber und lebe in meiner eigenen Community, müsste jeder schon erkennen, dass das nicht der Weg ist, der funktionieren kann.

Wenn jemand zu uns kommen möchte und wir geben ihm den zustehenden Schutz, dann hat er sich auch in die Gesellschaft einzubringen und hat unserer Gesellschaft einen Mehrwert zu bringen. Wenn der Mehrwert in der Leistung von freiwilliger Arbeit besteht, so wie es viele andere auch machen, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, so ist das eine Mindestanforderung, die man jedem abringen kann, der den Weg zu uns findet.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Die „Kartoffel“ Integration ist durchaus eine heiße und offensichtlich für den Integrationsreferenten zu heiß. Jetzt wissen wir nicht, was wir mit dieser Kartoffel tun sollen und geben sie irgendjemanden weiter. Jetzt suchen wir die große

Unterstützung beim Land und dem Bund, weil wir – Kollege StR. Dr. Oberndorfer ich bin ganz bei dir – schließen Jugendzentren genau dort, wo wir genau mit diesen Jugendlichen arbeiten sollten. Wir fahren die Quartiersarbeit nieder genau dort, wo wir die Menschen aufsuchen und treffen sollen.

Der Kollege StR. Schäfer tingelt jetzt mit einem Bauchladen von Ideen oder Nichtideen durch die Stadt und hofft auf Inputs, aber tatsächliche Stadtteilarbeit vor Ort passiert sehr wenig. Beim Streetwork passiert auch sehr wenig, wie immer mit der Argumentation vom Bürgermeister vom Land weniger zu bekommen. Aber die Stadt Wels könnte diesbezüglich in vielen Bereichen selbst Geld in die Hand nehmen und sagen, dass uns Integration tatsächlich etwas wert ist. Wir warten nicht immer auf Dritte, Vierte oder Fünfte, die uns die Sache erledigen, sondern wir tun hier wirklich etwas.

Das geforderte zweite verpflichtende Kindergartenjahr ist durchaus eine Forderung von uns seit vielen Jahren, aber dabei müssen wir sehr realistisch sein, weil wir hier nicht über ausreichende Raumkapazitäten verfügen und schon gar nicht über Personalkapazitäten. So ehrlich müssen wir zu uns selber sein. Liebe Kollegen aus der FPÖ-Fraktion, es wurde von euch zuerst von 50, 48, 47 Sprachförderpädagogen gesprochen. Derzeit haben wir aktuell keine 40 mehr, weil wir die Sprachförderinnen im Regelbetrieb brauchen, da wir leider zu wenige Pädagogen haben. So ehrlich müssen wir sein, die Sprachförderung dünnt sich leider auch aus.

Wir reden immer von Kindern und Jugendlichen, aber diese wandern ja meist mit den Eltern und Großeltern aus und für diese müssen wir ein niederschwelliges Angebot schaffen, weil diese meistens mindergebildet oder wenig gebildet sind. Auch die Frauen müssen wir abholen und hier erwarte ich mir vom Integrationsreferenten Kreativität und Ideen. Es gibt zur Beratung Fachleute, um diese Menschen abzuholen. Also, die heiße Kartoffel weiterzugeben ist ganz easy, aber ich glaube wir in der Stadt hätten die Power und das Geld, um hier wirklich integrative Maßnahmen zu setzen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Bgm. Dr. Rabl: Nachdem ich mir jetzt geduldig viele Wortmeldungen angehört habe, möchte ich einige kurze Anmerkungen machen. Ich bin völlig beim StR. Dr. Oberndorfer betreffend die Beschlussfassung und dem Antrag. Wir unterhalten uns jetzt über ein umfangreiches Integrationsprogramm und in diesem stehen viele FPÖ-Vorschläge. Aus unserer Sicht sind es die richtigen und wichtigen Vorschläge, weil wir Integration als Verpflichtung sehen und wir sind der Meinung, dass hier noch einiges zu tun ist. Der Antrag lautet aber nur einfach, dass Wels eine Modellregion sein soll und dass es eine Dreier-Kooperation gibt.

Das ist nicht „die heiße Kartoffel herumschieben“, sondern ein Vorschlag von Seiten des Bundes. Man möchte zusammenarbeiten, der Vorschlag wurde von uns aufgegriffen, wir haben uns mit der zuständigen Stelle unterhalten, es als gute Idee abgetan und wollten das daraufhin auch. Um das zu bekräftigen haben wir diesen Antrag eingebracht, weder ein Kartoffelhin- noch ein Kartoffelherschieben, die Kartoffel ist weder heiß noch kalt – sie gehört nur gegessen. Und insofern ist es wichtig, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Was hier gesagt wird, kann ich zum Teil überhaupt nicht nachvollziehen. Tom, ein besserer Austausch zwischen Kindergärten und Volksschulen ist ein Thema, welches die Volksschullehrer selbst anziehen, weil es nicht zulässig ist die Dokumentationen der Kinder weiterzugeben an die Volksschullehrer, weil sich das datenschutzrechtlich widerspricht. Es ist ganz wichtig diese Dokumentation den Volksschullehrern zur Verfügung zu stellen, denn sie wissen viel besser, wie sie ein Kind einschulen können bzw. welchen Förderbedarf es hat. Warum das bis heute trotz Wissen des Problems nicht möglich ist, ist für mich durchaus fraglich.

Lieber Johnny, eine Gegeneinladung kann man nicht nur zu sich nach Hause aussprechen, sondern es könnte auch gemeinsam in den Tierpark gegangen werden. Solche Sachen sind schon möglich und es kann immer eine Entschuldigung für ein Verhalten gefunden werden, für welches irgendwelche sozialökonomische Gründe vorliegen. Die Lösung ist oft ganz einfach, indem spazieren gegangen wird und nicht nach Hause eingeladen.

Lieber Martin, zum Vorwurf die FPÖ hat keine Vorschläge für die Stadt Wels, so hast du hier den Antrag nicht genau genug gelesen. Hier ist u. a. die verpflichtende Nachmittagsbetreuung mit Deutschförderung in Volksschulen bzw. Sprachförderung in Horten angeführt – etwas, was sehr wohl die Stadt Wels machen kann und wir selbst in der Hand haben. Weshalb sogar in diesem Antrag selbst ein Vorschlag steht, was die Stadt Wels machen kann und auch machen wird. Insofern ist es zu kurz gegriffen zu sagen, wir hätten keine Vorschläge. Wir haben sie, du hast sie nur noch nicht richtig eingeordnet was auch einmal passieren kann.

Ich weise zurück, Jugendzentren geschlossen zu haben, weil wir eines in der Noitzmühle neu gebaut und eröffnet haben. Insofern kann ich auch das nicht ganz nachvollziehen. Vielleicht möchte uns Vzbgm. Kroiß dazu noch das eine oder andere sagen.

Betreffend dem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr muss ich sagen, dass bereits jetzt ein Großteil dieser Kinder den Kindergarten besucht, weshalb dieses umgedreht zu sehen ist. Wir wollen ein verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder. Allerdings haben die Kinder mit ausreichenden Deutschkenntnissen die Möglichkeit auszuoptieren. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Es gibt dazu sehr genaue Untersuchungen, wie viele Kinder jetzt schon ab dem vierten Lebensjahr den Kindergarten besuchen. Ich glaube, das sind weit über 80 oder 90 %. Ich mache mir daher darüber keine großen Gedanken. Wenn wir das wollen, können wir das auch schaffen.

Bei der Sprachförderung ist der Regelbetrieb derzeit voll besetzt. Wir haben keine einzige nicht besetzte Stelle im Kindergartenbereich und auch die Sprachförderung ist komplett voll. Das wurde mir vor kurzem noch einmal bestätigt und daher weiß ich nicht, woher du deine Zahlen nimmst. Vor drei Monaten war es noch anders, aber die aktuellen Zahlen sagen etwas anderes aus.

Wenn Herrn StR. Schäfer vorgeworfen wird, dass er mit einem Bauchladen voller Ideen oder Nichtideen durch die Stadt zieht, so kann das durchaus kritisiert werden, aber für mich heißt das Bürgerbeteiligung. Ein wichtiges Element der Demokratie und auch der Politik. Insgesamt ist dieser Antrag so zu sehen, wollen wir gemeinsam mit dem Bundesministerium, der Stadt und dem Land Modellregion für Integrationsmaßnahmen und damit gegen die Segregation werden? Wollen wir das werden oder nicht? Mit dem beschäftigt sich dieser Antrag und nicht mit den einzelnen Integrationsmaßnahmen. Das

sind zugegebenermaßen Vorschläge, die können, müssen aber nicht umgesetzt werden und daher verstehe ich die Diskussion über die Integrationsmaßnahmen selbst überhaupt nicht.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die angeregte Diskussion. Es gibt aber noch einiges zum Dazufügen, insbesondere was das Thema „heiße Kartoffel“ betrifft. Lieber Vzbgm. Mag. Schinninger, die heiße Kartoffel habe ich damals aufgenommen, wie ich das Referat übernommen habe, weil die SPÖ-Fraktion jahrzehntelang beim Thema Integration versagt hat.

Lieber Johnny, schau dir die Historie an. Was die SPÖ betrifft, so blicken wir auf das Jahr 2015 zurück. Wer hat die Grenzen geöffnet? Wäre es nach der SPÖ gegangen, so hätten wir heute ein wunderschönes Asylheim anstelle der Polizeischule und wir würden 2023 die Türe noch weiter aufmachen, weil die SPÖ sagt: „Herzlich willkommen, wir brauchen euch zum Arbeiten, kommt doch zu uns!“ Alles andere ist sozusagen eine Arbeitspflicht. Diese heiße Kartoffel habe ich aufgenommen, weil ihr sie fallengelassen habt. Ihr wart so dankbar, dass wir dieses Thema übernommen haben, weil damit habt ihr euch wunderbar zurücklehnen können.

Lieber StR. Dr. Oberndorfer, wir machen was beim Thema Integration! Wir bieten eine Vielzahl von Deutsch-Kursen für Erwachsene an, Sprachangebote für Frauen und Mütter, Quartiersarbeit und eine Vielzahl von Veranstaltungen in den Stadtteilen von Wels. Dabei gehen wir genau auf diese Zielgruppe zu, feiern Feste, egal ob Ostern oder Fasching, stellen einen Maibaum auf, organisieren Müllsammelaktionen. Wir machen ganz niederschwellige Kommunikation – d.h. die Quartiersarbeit funktioniert!

Ja, wir haben derzeit ein Problem im Jugendzentrum in der Heimstätte, weil wir hier einfach ein Personalproblem haben, weil sich auch Jugendbetreuer beruflich verändern. Es ist nicht mehr so wie früher, einmal Jugendbetreuer – immer Jugendbetreuer. Diese sehen sich das eine Zeit lang an und machen dann einen anderen Job. Wir sind hier aktiv auf der Suche und ich bin zuversichtlich dieses Jugendzentrum relativ rasch wieder aufsperrern zu können. Hier haben wir wirklich ein personelles Problem, wie auch im Kindergarten, für den der Kollege Vzbgm. Mag. Schinninger zuständig ist.

Zwischenruf Vzbgm. Mag. Schinninger: Nein, der Herr Bürgermeister ist Personalreferent!

Vzbgm. Kroiß: Zum Thema Arbeitspflicht geht es darum ein Zeichen zu setzen, denn es kann nicht sein, dass hier Asylwerber kommen, Vollpension genießen und wenn wir als Republik Österreich eine Leistung verlangen bricht die Welt zusammen. Das dürfen wir nicht verlangen und es werden dann alle möglichen Themen von der Menschenrechtskonvention u.a. vorgebracht. Lassen wir das doch einmal prüfen! Das Ganze soll von den Juristen in Wien auf die Möglichkeit geprüft werden. Wenn nicht, dann nicht! Aber es ist eine politische Diskussion und es soll nach außen ein Zeichen sein, wer nach Österreich kommt, muss eine Leistung dafür bringen.

Wir wollen keine generelle Arbeitserlaubnis, wie sie hier von der SPÖ-Fraktion gefordert wird, denn dann ziehen wir hier wirklich alle an. Liebe SPÖ-Fraktion, ihr habt so wie wir 2015

auch 2023 die Dramatik der Asylsituation in Europa, auf der Welt und in Österreich noch nicht erfasst. Bei jedem persönlichen Leid, ihr habt die Dramatik noch nicht erfasst!

Kollege GR. Schatzmann, zum Thema „Muttersprache in den Kindergärten“ muss es nicht stimmen, dass ich zuerst die Muttersprache erlerne. Es gibt dazu ganz unterschiedliche Auffassungen. Viele sind der Meinung gleich Deutsch lernen zu können. Das möchten wir wissenschaftlich evaluieren, denn es wird oft so überliefert, dass es so sein muss und das stimmt alles nicht.

Liebe Kollegen der SPÖ- und der GRÜNEN-Fraktion, ihr sagt alle wir haben Probleme in verschiedenen Bereichen der Integration. Dann legt bitte alle eure Scheuklappen ab, denn wenn wir die Begründung aus dem Antrag gestrichen hätten, hättet ihr dem zugestimmt. Aber bei der Begründung steht „unter anderem“, daher weiß ich nicht wo hier das Problem ist. Haben sie irgendwie Angst vor Wien, den Nationalratswahlen im nächsten Jahr? Stimmen sie doch einfach zu, dass wir nach diesem Antragstext das Bundesministerium für Frauen, Familien und Integration ersuchen Wels als Modellregion für Integrationsmaßnahmen und somit gegen Segregation durch eine Dreierkooperation von Bund, Land und Stadt zu etablieren.

Was ist hier so schwierig, um nicht zustimmen zu können? Wenn sie tatsächlich nicht zustimmen, müssen wir der Welser Bevölkerung mitteilen, die SPÖ-Fraktion ist wieder einmal gegen Integrationsmaßnahmen in unserer Stadt und möchte neuerlich die Türen weit öffnen. Ich ersuche um Abstimmung.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für das Schlusswort! Wir haben nun einen Abänderungsantrag vorliegen. Zum allgemeinen Verständnis: Der Abänderungsantrag streicht einen Teil der Begründung, alles nach dem ersten Absatz, außer die Begründung der Dringlichkeit. Diese bleibt gleich und unverändert. Ich möchte festhalten, dass sich die Frage stellt, ob ein derartiger Abänderungsantrag zulässig ist, weil er nicht den Antrag ändert, sondern nur die Begründung. Ich möchte diesen Antrag diese Mal zulassen und bis zum nächsten Gemeinderat prüfen lassen, ob eine Begründung tatsächlich geändert werden kann. In der Eile schaffen wir es nicht, das jetzt zu klären.

Es soll nicht so gesehen werden, dass jetzt die Begründung jedes Mal mit einem Abänderungsantrag verändert werden kann. Dieses Mal ist der Abänderungsantrag im Sinne einer großzügigen Auslegung der Geschäftsordnung zuzulassen.

Der Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 2A) wird mit

	<u>16 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, MFG)
und	<u>1 Stimmenthaltung</u> (NEOS)

abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen	<u>21 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
und	<u>13 Nein-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
	<u>1 Stimmenthaltung</u> (NEOS)

angenommen.

GR. Vogl hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl unterbricht die Gemeinderatsitzung von 18.16 Uhr bis 18.24 Uhr zur Abhaltung der BÜRGERFRAGESTUNDE.

GR. RegRat Zaunmüller verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 18.16 Uhr.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend 2. Zusatzvereinbarung zum Vertrag über die Realisierung, den Betrieb, die Betreuung und die Instandhaltung und Finanzierung des Parkdecks Wels
Verf-015-I-20-2023

Bgm. Dr. Rabl: Bei diesem Antrag soll eine 2. Zusatzvereinbarung zum Vertrag über die Realisierung, den Betrieb, die Betreuung und die Instandhaltung und Finanzierung des Parkdecks Wels geben. Das Gleiche, das wir schon einmal hatten, mit den gleichen Argumenten und den gleichen Für und Wider, mit dem einzigen Unterschied, dass das Land nicht Vertragspartner ist.

GR. Wiesinger: In der letzten Gemeinderatssitzung mit Beschluss dieses Vertrages haben wir unsere Meinung kundgetan und werden uns bei diesem Tagesordnungspunkt der Stimme enthalten.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen	<u>25 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + SPÖ-Fraktion, GR. Mag. Teubl)
	<u>6 Stimmenthaltungen</u> (ÖVP- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Teubl)

angenommen.

GR. Mag. Lackner, GR. Schiefermayr und GR. Wehofsich waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Vogl und GR. RegR. Zaunmüller haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Ich werde jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, um mich von einem seit 14 Jahren dem Gemeinderat angehörenden Mitglied zu verabschieden. Es ist die letzte Gemeinderatsitzung des Fraktionsvorsitzenden GR. Mag. Walter Teubl.

Sehr geehrter Herr Mag. Teubl, ich möchte mich bei Ihnen bedanken, denn es ist nicht selbstverständlich, dass jemand 14 Jahre Politik im Rahmen einer Funktion als Gemeinderat und Fraktionsobmann auf sich nimmt. Wobei die Politik bei Ihnen ja schon in den Studentenjahren begonnen hat. Irgendwann müssen Sie mir erzählen bei welcher Fraktion Sie damals waren – es würde mich brennend interessieren.

Dass sie ihre Freizeit, ihr Engagement in diesen politischen Bereich investiert haben, ehrt sie. Ich glaube es ist wichtig unterschiedliche Meinungen zu diskutieren und in die Bevölkerung getragen zu werden, weil davon unsere pluralistische Gesellschaft lebt und dieses pluralistische Meinungsbild haben sie immer sehr klar vertreten. Ihr Umgang mit mir war durchaus kämpferisch, sie waren sozusagen der unangenehme „Stachel im Fleisch“. Das ist in Ordnung und die Rolle, die sich selbst zugeeignet haben. Nicht umsonst waren sie 14 Jahre im Kontrollausschuss Vorsitzender und haben in dieser Funktion sehr viele Kontrollberichte über den Schreibtisch bekommen, mit dem einen oder anderen Verbesserungsvorschlag. Sie haben aber in dieser Zeit auch die große Rechnungshofreform mitgetragen und auch dafür ein herzliches Danke!

Insgesamt betrachtet waren wir nicht bei allzu vielen Themen einer Meinung. Das lag einerseits an der unterschiedlichen Themenschwerpunktsetzung beginnend vom Klimawandel bis zum Radfahren. Allerdings fand ich schon einige Themen, wo wir gleicher Meinung waren. Eine Meinung hatten wir z.B. im Bereich der Architektur, bei der sie sich ebenfalls dagegen ausgesprochen haben, dass Wels mit lauter Schuhschachteln verunstaltet wird. Wir waren einer Meinung betreffend Radfahren bzw. Öffnung der Roseggerstraße für einen Radfahrstreifen.

Sie haben den Begriff der „Coolcity“ geprägt, indem sie Wasserbrunnen in einer Stadt für sinnvoll erachteten. Diese Meinung habe ich auch! Insgesamt schon drei Themen, mit denen wir in 14 Jahren doch übereinstimmen konnten. Ein Beginn aus meiner Sicht – diesen können wir schon feiern!

GR. Mag. Teubl war ein politischer Kollege, der sich neben seinen ausführlichen Reden durch Handschlagqualität auszeichnete. Was man mit ihm als Fraktionsobmann ausmachte, das hat er auch gehalten. In einem politischen Diskurs ist das eines der wichtigsten Dinge überhaupt neben diesen Debatten im Gemeinderat, die der Pointierung und Zuspitzung geschuldet sind, wo die eigenen Standpunkte oft vehement und durchaus mit etwas Emotion vertreten werden. Es gehört dazu trotz dieser öffentlichen Auftritte an Probleme gemeinsam heranzugehen und Lösungen finden zu können.

Deswegen hoffe ich, dass Ihnen diese Illusion, dass es trotzdem um Lösungen geht, nicht gänzlich genommen wurde, sondern dass wir viele Lösungen gemeinsam gefunden haben. Nur bei weniger als 10 % der vielen Anträge stimmten die GRÜNEN tatsächlich gegen die Mehrheit dieses Hauses. Insofern gab es schon bei vielen Anträgen die Zustimmung der

GRÜNEN. Allen in diesem Haus geht es um einen gemeinsamen Konsens, um die Stadt insgesamt vorwärtszubringen. Dass das jeder ein bisschen nach seinem Geschmack macht bzw. unterschiedlich sieht, gehört zur Demokratie dazu. Trotzdem haben auch Sie nach bestem Wissen und Gewissen die Anträge gelesen und dann zugestimmt und nicht aus rein parteitaktischen Überlegungen extra dagegen oder extra dafür gestimmt.

Zwei Themen liegen mir noch am Herzen, weil Sie heute nicht mehr die Möglichkeit einer Gegenrede haben. Transparenz war für Sie immer eines der wichtigsten Dinge und meinten, die Stadt Wels liege hier ganz weit hinten. Ich kann Sie beruhigen, wir haben von Transparency International den zweiten Platz österreichweit geholt. Das ist doch ein Lichtblick auf dem Weg zu mehr Transparenz. Insgesamt hat nur Wien eine größere Transparenz, wobei sich die Frage stellt, was Transparenz ist.

Was Sie immer noch nicht verstanden haben ist der Verkauf der Sparkassenanteile. Sie behaupten immer noch, dieser Verkauf hätte das Budget langfristig gerettet. Ich versichere Ihnen, das war ein wesentlicher Beitrag. Aber die Zahlen zeigen, dass wir weit hinaus über den Verkauf der Sparkassenanteile Geld gespart, Investitionen finanziert und Schulden getilgt haben. Glauben Sie mir, die Finanzen der Stadt Wels werden auch ohne Ihre Anwesenheit im Gemeinderat weiter stabil und in sicheren Händen sein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für Ihren Lebensabend alles, alles Gute. Erholen Sie sich gut, bleiben Sie solch ein politischer Kopf, wie Sie es immer gewesen sind. Ich zweifle nicht daran, dass Sie auch Ihr politisches Engagement – nur weil Sie nicht mehr im Gemeinderat sitzen – einstellen werden. Die Diskussionen wird es weiterhin in ihrem Umkreis geben. Sie werden hoffentlich den GRÜNEN weiterhin verbunden bleiben, wenn nicht, so haben wir immer ein Plätzchen frei. Man kann seine Meinung im Alter auch ändern. Irgendwer sagte mir einmal auch noch klüger werden zu dürfen. Wobei ich nicht sage, dass das bei Ihnen nicht der Fall ist. Ihre politische Überzeugung haben Sie schon seit vielen Jahren und diese legt man ja mit Ausscheiden aus dem Gemeinderat nicht einfach ab.

Insofern wünsche ich Ihnen Gesundheit, Aktivität, Beteiligung am gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und sportlichen Leben in dieser Stadt. Daher bin ich sicher, Sie bei der einen oder anderen Veranstaltung wiederzusehen. Alles, alles Gute für diese Zeit danach!

Applaus!

Der Applaus war alleine für Sie! Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 11.12.2023 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.